

# Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

## Krieg der Westmächte gegen die islamische Welt Frontabschnitt Nahost



**Verbrauchende  
Embryonenforschung  
vor der Freigabe? –  
Kritiker fordern  
Moratorium**

3

**Der Krieg hat erst  
begonnen**

6

**China: Neuer Plan  
zur Armuts-  
bekämpfung**

8

**„Fördern und  
Fordern – Sozialhilfe  
modern ...“**

12

**Gewerkschafts-  
politischer Kongress  
der PDS: Nichts mehr  
zu verteilen?**

14

**Jan Myrdal:  
Das „große Spiel“**

18



## Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK  
- ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

**Herausgeber:** Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

**Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:**

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung:** Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

**Regionales / Gewerkschaftliches West ...:** Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/ 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und **Ost** Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 24 00 94 68, Fax: 030 / 24 00 94 69

**Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite:** Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

**In und bei der PDS:** Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

**Termine:** Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 23,40 (Förderabo 36,40), ein Jahresabonnement kostet 46,80 (Förderabo 72,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 41,60, Sozialabo: 33,80. Ausland: +6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck:** GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

## Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (23,40 / 46,80 je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (36,40 / 72,80)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (16,90 / 33,80)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (20,80 / 41,60)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. ....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

## IN BERLIN

AKTUELL

**ERHEBLICHE BEDENKEN.** Der Presdienst des Bundestags berichtet über eine Anhörung des Innenausschusses zum von den Koalitionsfraktionen vorgelegten Gesetzesentwurf zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus unter dem Titel: Erhebliche Bedenken: „Die Humanistische Union stellt fest, dass mit Ausnahme der geplanten Änderungen des Luftverkehrsgesetzes kaum eine Maßnahme etwas mit Terrorismusbekämpfung zu tun habe. Die „umfangreichen Eingriffe in das Persönlichkeitsrecht und in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung“ erforderten eine umfassende Behandlung in einem nicht unter Zeitdruck stehenden Gesetzgebungsverfahren. So greife etwa die Aufnahme biometrischer Merkmale wie des Fingerabdrucks in verschlüsselter Form in den Personalausweis tief in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ein und wäre verfassungsrechtlich nur zulässig, wenn die Maßnahme erforderlich, verhältnismäßig und geeignet wäre, was offensichtlich nicht der Fall sei. Der Deutsche Richterbund steht nach eigener Aussage der Erweiterung der Befugnisse des Bundeskriminalamtes und der Geheimdienste, Daten zu sammeln und sie zu vernetzen, kritisch gegenüber. Besonders bedenklich sei, dass die Verfassungsschutzbehörden zu Ermittlungsbehörden weiter entwickelt würden, die keiner Kontrolle durch die Justiz unterliegen. Dr. Manfred Baldus von der Universität der Bundeswehr in Hamburg argumentiert, die Regelung, die das Bundesamt für Verfassungsschutz ermächtigen soll, Informationen auch bei Bestrebungen zu beschaffen, die gegen die Völkerverständigung, vor allem gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind, bleibe hinter den Anforderungen des Gebotes der „Normenklarheit“ bei informationellen Grundrechtseingriffen zurück. Der Gesetzesentwurf lasse im Unklaren, welcher Art und Intensität die völkerverständigungswidrigen Bestrebungen sein müssen. Er empfiehlt, die Beobachtung dieser Bestrebungen der Polizei zu übertragen. Auch sollten die an Bord eines Flugzeuges befindlichen Bundesgrenzschutzbeamten die alleinige Verantwortung für die Rettung von Personen aus einer Gefahr für Leib und Leben zugewiesen bekommen. Der Rechtsanwalt Dr. Reinhard Marx erklärt, der Entwurf definiere den Begriff „terroristische Vereinigung“ nicht näher. Die Zugehörigkeit und Unterstützung einer derartigen Vereinigung werde zum Anknüpfungspunkt einschneidender individueller Freiheitseingriffe gemacht. Auch würden die Tatbestände, welche die Sicherheit des Staates gefährden, nicht hinreichend scharf umrissen. Staatliche Sicherheitsinteressen würden zu Lasten gewichtiger, auch grundrechtlich geschützter individueller Interessen „verabsolutiert“. Der Staats- und Verwaltungsrechtler Professor Martin Kutsch, meint, vor allem jene Neuregelungen

seien verfassungsrechtlich kaum zu rechtfertigen, die eine nahezu lückenlose Erfassung und Überwachung aller Ausländer ermöglichen. Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Joachim Jacob, hält es für bedenklich, dass die Art der Speicherung, sonstigen Verarbeitung und Nutzung biometrischer Merkmale geregelt werden soll. Es sei zu befürchten, dass hier die Basis zu einer zentralen Referenzdatei gelegt wird.“

[www.bundestag.de/aktuell](http://www.bundestag.de/aktuell)

**PKK-VERBOT.** Das Kurdistaninformationszentrum zieht nach acht Jahren Verbot der PKK in der BRD Bilanz: „Welche Auswirkungen hatte das Verbot? In erster Linie hat es die kurdische Bevölkerung stark beeinträchtigt. Über Jahre werden nun schon Wohnungen von Kurdinnen und Kurden gewaltsam durchsucht, kurdische Einrichtungen verboten, Tausende von Kurdinnen und Kurden zu teilweise hohen Geldstrafen und Dutzende zu Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie sich für ihre Rechte einsetzten. Mit ihm wurden demokratische Grundrechte eingeschränkt. Über 700.000 Menschen (die in Deutschland lebenden Kurdinnen und Kurden) wurden zu potentiellen Gewalttätern gemacht und das friedliche Zusammenleben in Deutschland stark beeinträchtigt. Speziell für die Durchsetzung des Verbots wurde der Polizei-, Strafverfolgungs- und Geheimdienstapparat beträchtlich ausgebaut, was viele Millionen gekostet hat. Ein besonderer Sektor ist entstanden, in dem viele Menschen wie Geheimdienstagenten, Polizisten, Übersetzer, angebliche „PKK-Spezialisten“, angebliche „Kurdenexperten“ Abhörpersonal, Staatsanwälte usw., ihr Geld verdienen, die darauf auch in Zukunft nicht mehr verzichten möchten und aus diesem Grunde mit allen Mitteln eine Aufhebung des PKK-Verbotes verhindern wollen. Es hat in der Türkei gerade jene Kräfte gestärkt, die während des jüngsten fünfzehnjährigen Kampfes gegen die Kurden grenzenlos gefoltert, Häuser und Felder in Brand gesteckt, über 4000 Dörfer und Weiler entvölkert, Morde „unbekannter Täter“ organisiert und verübt haben und gegen legale kurdische Einrichtungen vorgegangen sind. Das Verbot fördert genau die Politik, die heute im Beitrittsdokument der EU kritisiert wird und deren Überwindung als Voraussetzung für die Mitgliedschaft der Türkei festgelegt wurde. Ein Verbot, das willkürliche Repression nach sich zieht, demokratische Grundrechte außer Kraft setzt, Profiteure schafft, Kräfte unterstützt, die die Existenz des kurdischen Volkes verleugnen und es vernichten wollen, die davon besessen sind, die kurdische Frage mit militärischer Gewalt zu lösen, ein Verbot, das dazu beitragen kann, eine demokratische politische Lösung der kurdischen Frage zu verhindern, darf keinen einzigen Tag länger aufrecht erhalten bleiben.“

[www.nadir.org/nadir/initiativ/kiz](http://www.nadir.org/nadir/initiativ/kiz)

# Verbrauchende Embryonenforschung vor der Freigabe? – Kritiker fordern Moratorium

## Stellungnahmen zur Vorbereitung der Entscheidung

Voraussichtlich am 30. Januar nächsten Jahres wird der Bundestag die Frage des Importes embryonaler Stammzellen (ES-Zellen) erörtern.<sup>1</sup> Das deutsche Embryonenschutzgesetz von 1991 verbietet es, Embryonen<sup>2</sup> zu erzeugen außer zum Zwecke der Herbeiführung einer Schwangerschaft. Mithin dürfen embryonale Stammzellen nicht zu Forschungszwecken hergestellt werden, da, so die wesentliche Begründung, die Gewinnung der Zellen aus einem Embryo diesen und damit ein potenzielles Leben unvermeidlich zerstört. Nicht verboten ist die Forschung an solchen Zellen, die im Ausland hergestellt wurden. Aus ihnen könnten, so die fragwürdige Begründung, keine Menschen mehr werden, da die Embryos ja bereits zerstört sind. De facto jedoch sind der Import embryonaler Stammzellen und damit die Forschung derzeit blockiert. Der Druck verschiedenster gesellschaftlicher Kräfte auf den Bundestag, für eine eindeutige Beschlusslage zu sorgen, ist daher groß.

Zur Vorbereitung des Beschlusses hat am 9. November die vom Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“ – sie setzt sich aus Abgeordnete aller Parteien und von den Fraktionen benannten Sachverständigen zusammen – ihren zweiten Zwischenbericht, den Teilbericht Stammzellforschung, vorgelegt. (<http://www.bundestag.de/gremien/medi/2zwischen.pdf>) Am 28. November folgte der von der Bundesregierung eingesetzte Nationale Ethikrat mit einer Stellungnahme. Beide Stellungnahmen machen deutlich, dass ein von einer breiten Mehrheit getragener Konsens nicht absehbar ist.

Der Nationale Ethikrat sprach sich mit 14 zu 9 Stimmen für den Import aus, der allerdings mit Auflagen verbunden sein soll. So sollten nur so genannte „überzählige Stammzellen“ eingeführt werden, also solche, die bei einer künstlichen Befruchtung entstanden sind und nicht mehr für eine Übertragung in den Mutterleib infrage kommen<sup>3</sup>, um zu verhindern, dass Stammzellen extra für Forschungszwecke hergestellt werden. Au-

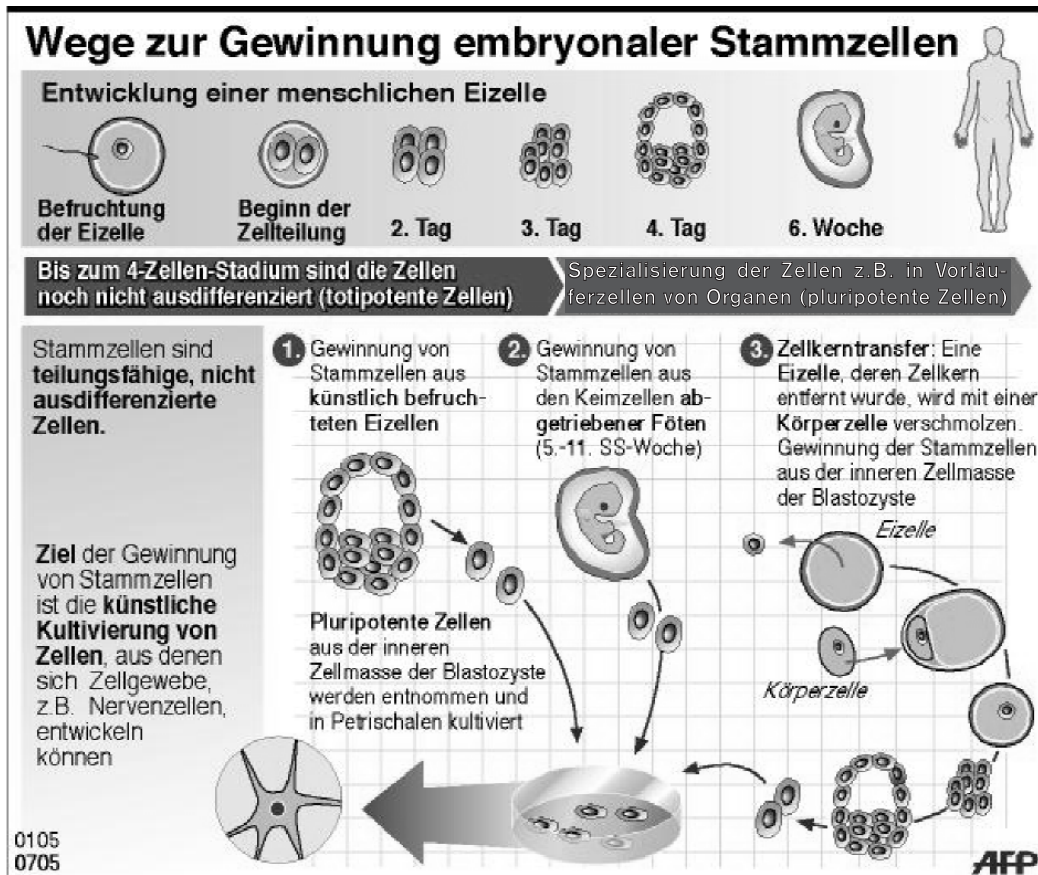
ßerdem solle das Spenderpaar mit der Verwendung einverstanden sein und für diese nicht bezahlt werden und schließlich eine dafür eingerichtete Behörde kontrollieren, ob die Forscher die Auflagen einhalten. Die Minderheit des Rats sprach sich für ein Moratorium bis 2003 aus. ([www.nationalerethikrat.de](http://www.nationalerethikrat.de))

Dagegen verwarf die Enquete-Kommission den Import mit Zweidrittel-Mehrheit mit der Begründung, die Verwendung von Embryonen zu Forschungszwecken sei, auch wenn sie im Ausland stattfindet, ethisch nicht vertretbar und wissenschaftlich nicht ausreichend begründet. Die Minderheit tritt aus unterschiedlichen Erwägungen für den Import unter „strengen Auflagen“ (ähnlich den oben genannten) ein.

Der Streit geht so ziemlich quer durch die Parteien: CDU/CSU- und SPD-Abgeordnete und -Sachverständige sind in beiden Lagern zu finden, die Grünen-Vertreter stimmten überwiegend sowohl für das Verbot wie, wenn nicht durchsetzbar, für die an Auflagen gebundene Erlaubnis. Geschlossen votierten in der

Kommission nur die FDP-Vertreter (für Import) und die PDS-Abgeordneten und ihr Sachverständiger (dagegen).

Für die Regierung sprach sich, noch vor der Stellungnahme des Nationalen Ethikrates und offensichtlich unter Druck der Meldung aus den USA, dass dort erstmals Vorstufen menschlicher Embryonen zu „therapeutischen Zwecken“ geklont worden sind, Bundesforschungsministerin Bulmahn energisch für Import und Forschung aus. Aber nicht nur ihr Vorpreschen könnte Fakten setzen. Der Bonner Neuropathologe Brüstle hat der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) bereits vor einhalb Jahren einen Förderantrag auf ES-Zellen-Import und -Forschung gestellt (und wird dabei von NRW-Ministerpräsident Clement vehement unterstützt). Jetzt verlangte Brüstle, dass die DFG bereits auf ihrer Sitzung am 9.12. entscheidet und lediglich mit dem Anlauf der Förderung bis nach der



Die Abbildung entnahmen wir aus dem Bericht der Enquete-Kommission. Es geht bei der hier zur Rede stehenden Forschung ausschließlich um die Gewinnung von Stammzellen aus künstlich befruchteten Eizellen (1.)



Bundestagsentscheidung wartet. Die DFG wird zwar auf Bitten von Bundestagspräsident Thierse mit ihrer Entscheidung die Bundestagssitzung Ende Januar abwarten. Doch wenn kein Beschluss zustande komme, werde die DFG, so erklärte ihr Präsident Winnacker, auf der Sitzung am 31. Januar auf jeden Fall entscheiden – und zwar nach der Gesetzeslage, die den Import nicht verbietet.<sup>4</sup>

### Freiheit der Forschung ...

Bei der Frage, ob ES-Zellen importiert werden sollen, geht es natürlich letztlich um die Frage von Befürwortung oder Ablehnung, Zulassung oder Verbot verbrauchender Embryonenforschung überhaupt.

Dass ES-Zellen legal importiert werden können sollen, die mit in Deutschland geächteten und verbotenen Mitteln gewonnen wurden, ist mehr als scheinheilig. Um so mehr, als jeder weiß, dass wachsend Nachfrage nach ES-Zellen ihre Herstellung anspornt und die einschränkenden Bedingung, es dürfe nur um den Import von Stammzellen aus „überzähligen Embryonen“ gehen, de facto aushebelt; denn es werden dann eben mehr „überzählige Embryonen“ hergestellt, um die Nachfrage nach ES-Zellen zu befriedigen.

Nur konsequent hat sich deshalb die DFG in ihren im Mai verabschiedeten Richtlinien nicht nur gegen Einschränkungen des Imports, sondern tendenziell und unter der Bedingung von Auflagen für die Freigabe der Herstellung embryonaler Stammzellen in der BRD ausgesprochen.

Die Befürworter der verbrauchenden Embryonenforschung führen vor allem zwei Gründe an: Zum einen gehe es um Grundlagenforschung, ohne die die Entwicklung von Therapien nicht möglich sei, vor allem um die Erkenntnis der entwicklungsbiologischen Zusammenhänge, die bislang beim Menschen noch nicht aufgeklärt sind. Zum anderen gehe es um unmittelbar anwendungsbezogene Forschung, also um Heilung, Linderung und Prävention in Bezug auf Krankheiten, bei deren Behandlung die Medizin bisher auf Grenzen stoße. So rücke etwa die Heilung von Querschnittslähmungen oder die Linderung für Parkinsonkrankheiten ebenso nahe wie die Bereitstellung von Ersatzorganen. Insbesondere aus dem Bereich der Forschung selbst wird die grundgesetzlich verbürgte Freiheit der Forschung geltend gemacht. Nicht so lauthals zu Markte getragen werden andere, nicht weniger wichtige Beweggründe so mancher Befürworter: Es geht eben auch um gewaltige öffentliche Mittel, die die Stammzellenforschung beansprucht, um einen heftigen internationalen Konkurrenzkampf um Patente und um erwartete gigantische Profite der wachsenden biotechnologischen Industrie aus der Anwendung der Forschungsergebnisse.

Frau Nüsslein-Volhard, Leiterin der Abteilung Genetik am Tübinger Max-

Planck-Institut für Entwicklungsbiologie, Nobelpreisträgerin und Mitglied des Nationalen Ethikrates, führt gegen die Gegner das „große medizinische Potenzial“ der ES-Forschung an, „so dass Unterlassung wahrscheinlich ethisch bedenklicher ist, als sie zu erlauben“. Außerdem sei jedem „vollkommen klar, dass, sollten auf ES-Zellen basierende Therapien im Ausland entwickelt worden sein, man sie deutschen Patienten nicht verweigern wird“.<sup>5</sup>

Tatsächlich scheint allerdings noch längst nicht erwiesen, ob und in welchem Umfang die Therapieversprechen einlösbar sind und die ES-Forschung überhaupt klinisch relevant wird. Wie die bisherigen Versuche mit embryonalen Stammzellen zeigten, traten stets noch gewaltige, nicht vorhergesehene Probleme auf. Auch ist wissenschaftlich umstritten, ob nicht adulte Stammzellen<sup>6</sup>, deren Herstellung im Gegensatz zur Herstellung von ES-Stammzellen ethisch unbedenklich ist, eine Alternative für die Gewinnung von Ersatzgeweben für erkrankte Organe sind.

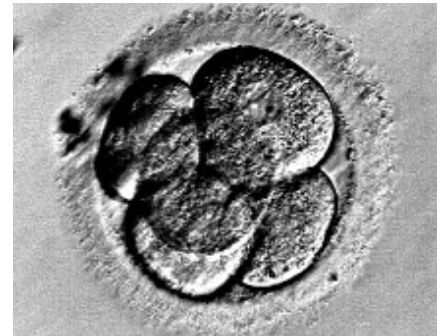
Die zu entscheidende Frage aber lautet: Kann die Gesellschaft einer Forschung zustimmen – und eine Forschung bezahlen –, die menschliche Embryonen verbraucht. Die Auseinandersetzung führt außerdem, das soll hier nur kurz angedeutet werden, zu einer zweiten Frage. Die verbrauchende Embryonenforschung steht in engem Zusammenhang mit der Präimplantationsdiagnostik (PID) und damit zu der Frage, ob Menschen für andere die folgenreiche Unterscheidung zwischen lebenswertem und lebensunwertem Leben treffen dürfen.<sup>7</sup>

### ... versus Menschenwürde?

Wie die öffentliche Auseinandersetzung über die verbrauchende Embryonenforschung und die Präimplantationsdiagnostik zeigt, finden sich in der Ablehnung Menschen aus sehr unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Richtungen zusammen. Dabei ist problematisch, dass die konservativ bzw. christlich begründete Ablehnung dominiert. Problematisch deshalb, weil viele der vorgebrachten Argumente sowohl wissenschaftlich umstritten bzw. unhaltbar wie ideologisch geprägt und damit in einer pluralistischen Gesellschaft nicht konsensfähig sind und sein können.

Zentrales Argument der konservativen und christlichen Ablehnung verbrauchender Embryonenforschung ist die Unantastbarkeit der „Würde des Menschen“, die bereits dem Embryo von der Verschmelzung der Kerne von Ei- und Samenzellen an zukomme. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU schreibt dazu in seiner „Frankfurter Erklärung“ (Juni 2001): „Der Mensch als Person ist nicht durch seine Leistungen definiert, sondern durch sein Gottesverhältnis. Seine Würde ist ihm durch Gott verliehen.“ Deshalb sei der „Vorrang des Schutzes der Würde des Menschen“ mit

der Herstellung embryonaler Stammzellen zu Forschungszwecken ebenso unvereinbar wie mit der Präimplantationsdiagnostik. In der Diskussion in den Feuilletons der großen Zeitungen wird gegen die von Wissenschaftlern vertretene Begründung der Zulässigkeit von ES-Stammzellenforschung, bei Embryonen im frühen Stadium handle es sich schließlich um nichts anderes als „Zellhaufen“, als Gegenthese auch mal angeführt: Als Zellhaufen könne den Menschen in seinem embryonalen Zustand nur sehen, wer sich von der Auffassung entfernt habe, dass die Menschenwürde auf der Gottesebenbildlichkeit des Menschen beruhe.<sup>8</sup>



**Zellhaufen? Menschenwürde?**

Die Argumentation, die dem Embryo Menschenwürde zuschreibt, ist schon deshalb problematisch, weil Menschenwürde, wie der Philosoph Jürgen Habermas einwendet, keine Eigenschaft (ist), die man von Natur aus „besitzen“ kann wie Intelligenz oder eine Augenfarbe: „sie markiert vielmehr diejenige ‚Unantastbarkeit‘, die allein in den interpersonalen Beziehungen reziproker Anerkennung, im egalitären Umgang von Personen miteinander eine Bedeutung haben kann.“<sup>9</sup>

### Gegen die Instrumentalisierung vorgeburtlichen Lebens

Dagegen kann und muss in der Auseinandersetzung geltend gemacht werden, dass die verbrauchende Embryonenforschung vorpersonales Leben *instrumentalisiert*. Die in der Gesellschaft, wie sich gezeigt hat, weit verbreitete, geradezu archaische Hemmung, vorpersonales Leben für die Nutzen- und Gewinnerwartungen wissenschaftlicher Forschung zu instrumentalisieren, hat Gründe, die es herauszuarbeiten gilt. Etabliert sich erst einmal die Praxis verbrauchender Embryonenforschung, gewöhnen wir uns daran, dass vorpersonales Leben für die Zwecke Dritter zur Verfügung steht, ist es zur Präimplantationsdiagnostik und zu einer liberalen Eugenik nicht mehr weit. Zum einen also werfen die Gefahren der „Menschenzüchtung“ ihren Schatten voraus.

Zum anderen sei auf den fundamentalen Unterschied zwischen verbrauchender Embryonenforschung und der Frage des Schwangerschaftsabbruchs hingewiesen. Beim Schwangerschaftsabbruch geht es um einen Konflikt, der nicht auf-

gelöst werden kann, ohne dass eine Seite, die Frau oder das vorgeburtliche Leben, Schaden nimmt, weil im konkreten Fall unvereinbare Interessen kollidieren – die Gründe der Frau/Eltern, das Kind nicht auszutragen, und die Schutzwürdigkeit vorgeburtlichen menschlichen Lebens. Bei der ES-Stammzellenforschung liegen die Dinge völlig anders. Hier werden Embryonen im Prinzip nur produziert, um für andere, konkurrierende Güter verbraucht zu werden. Wenn aber vorpersonales menschliches Leben für konkurrierende Güter verfügbar wird, steht nicht weniger als das Selbstverständnis der menschlichen Gattung auf dem Spiel.<sup>10</sup> scc

- 1 Aus Embryonen gewonnene Zellen mit großem Entwicklungspotenzial, die sich zu allen Zelltypen des Körpers ausdifferenzieren können.
- 2 Als Embryo definiert das Gesetz bereits die befruchtete, entwicklungsfähige Eizelle vom Zeitpunkt der Kernverschmelzung an.
- 3 Genauer geht es um die Stammzellen von Embryonen, die zum Zweck der Herbeiführung einer Schwangerschaft per künstlicher Befruchtung erzeugt wurden – in der Regel drei –, die aber aus „bei der Frau liegenden Gründen“ (Tod, Krankheit, Sinneswandel) nicht in die Gebärmutter verpflanzt werden. Ausgeschlossen werden soll mit den Auflagen die Gewinnung embryonaler Stammzellen aus Embryonen, die durch künstliche Befruchtung (In-vitro-Fertilisation (IVF)) ausschließlich für Forschungszwecke hergestellt werden, sowie durch sog. „therapeutisches“ Klonen.
- 4 Interview mit Winnacker, in: *Die Zeit*, 48/2001
- 5 Christiane Nüsslein-Volhard, Der Mensch nach Maß – unmöglich, in: *Süddeutsche Zeitung*, SZ am Wochenende, 1./2.12.2001
- 6 Körpereigene Stammzellen des erwachsenen Körpers, die z.B. aus Rückenmark oder Blut entnommen werden können.
- 7 Im Unterschied zur Pränataldiagnostik, mit der Schäden am Fötus während einer Schwangerschaft untersucht werden, wird mit der PID die künstlich befruchtete Eizelle auf genetische Schäden untersucht und dann, je nach dem Votum der Eltern, der Frau eingepflanzt oder verworfen. Dieser Unterschied zur Pränataldiagnostik ist so erheblich, dass die Entscheidung über Einpflanzung oder Verwerfung und damit Tötung des Embryos nicht mit dem Konflikt einer Schwangeren verglichen werden kann, die entscheiden muss, ob sie ein schwer behindertes Kind zur Welt bringt oder abtreibt. – Präimplantationsdiagnostische Untersuchungen sind in Deutschland gegenwärtig verboten.
- 8 So z.B. FAZ 24.3.2001, *Die Würde des Menschen ist antastbar*. Dass Argumente solchen Typs dem starken Druck aus Wissenschaft und biotechnologischer Industrie nicht standhalten und vor der Beschwörung der Gefahren für den „Standort Deutschland“, verzichte man auf Import und Forschung, in die Knie gehen, wird daran ersichtlich, dass mehr und mehr Politikerinnen und Politiker aus der CDU und auch CSU für verbrauchende Embryonenforschung eintreten.
- 9 Jürgen Habermas, *Die Zukunft der menschlichen Natur. Auf dem Weg zu einer liberalen Eugenik?*, Frankfurt a.M. 2001
- 10 Der Kurs Philosophie der Linken Schule setzt sich vom 3.-6. Januar ausführlich mit den das Selbstverständnis der menschlichen Gattung betreffenden ethischen Fragen der neuen Biotechniken auseinander (siehe auch die Ankündigung S. 23), u.a. auch mit der o.g. Schrift von Habermas, dessen Gedankengang dem letzten Abschnitt zugrunde liegt.

## Nach dem Parteitag der Grünen ...

... bleibt die interessante Frage, ob sich die Umschwünge im Meinungsbild der grünen Partei auch in ihrem Wählerfeld durchzeichnen.

Wie war die zeitliche Abfolge?

Zunächst hatte der Kanzler Schröder die Abstimmung in Sachen Afghanistan freigegeben. Dann stellte sich heraus, dass eine sehr große Zahl von Abgeordneten nicht nur der Bündnisgrünen, sondern auch der SPD unter diesen Bedingungen ablehnend stimmen oder sich skeptisch enthalten würde. Aus dem Vorstand der Bündnisgrünen wurde der Vorschlag lanciert, das Bombardement wenigstens zu unterbrechen. Nun stellte Schröder die Fortsetzung der Koalition in Frage und Neuwahlen zur Debatte. Daraufhin rückten die SPD-Dissidenten ins Glied, und bei den Bündnisgrünen führte man die Zahl der Opponenten auf die mehrheitsunschädliche Zahl von Vieren zurück.

An der Basis der bündnisgrünen Partei kam es angesichts dessen zum Umschwung. Solange die Fortsetzung der Regierung nicht auf dem Spiel stand, hatte es lebhafte Antikriegsproteste und mancherlei Adressen etc. an die Abgeordneten gegeben, die ablehnend stimmen sollten. Sobald aber klar wurde, dass damit die Koalition aufliegen würde, bildeten sich Mehrheiten für die Fortsetzung der Koalition auch um den Preis der Fortführung des Krieges.

Dies war die Situation im Vorfeld des Parteitages, der das Votum der Fraktion vorfand.

Direkt zum Beginn des Parteitags wurde darüber hinaus klar, dass die USA, gestützt durch den Konsens der Westmächte und die teils wohlwollende Duldung der übrigen Welt, einen wichtigen Teilerfolg errungen hatten. Gefördert durch den Luftkrieg der USA konnten die Hilfstruppen der Nordallianz die Taliban immer weiter verdrängen.

Das war das Szenario zum Zeitpunkt des Parteitages.

Dort kam es nun zu einer weiteren Wende. Während viele Delegierte sich kühlten, das Gut der Regierungsbeteiligung gegen das Übel dieses Krieges abzuwägen, entwickelte sich im Hintergrund ganz neues Denken. Fischer führte aus, dass nach dem Verschwinden der Blockkonfrontation eine Lage entstanden sei, in der sich Regimes bildeten, gegen die Militärgewalt eingesetzt werden müsse. Die entsprechenden Ausführungen waren so brutal deutlich, dass nur noch die Nennung der nächsten Ziele gefehlt hat (jedenfalls im Fernsehmitschnitt des Parteitags).

Die alles erdrückende Mehrheit des

Parteitags konstituierte sich leider nicht nur durch die Bereitschaft, diesen Krieg hinzunehmen. Wenn es auch schwer zu greifen oder zu belegen ist, das Signal, die Bündnisgrünen würden künftig bereit sein, außenpolitische Ansprüche und Konzepte mit der Gewalt des Staates, durch Interventionskriege verwirklichen wollen, war trompetenlaut, unüberhörbar.

Wie lässt sich diese schreckliche Fehlentwicklung verstehen? Sehr auffällig ist, wie sehr die Bündnisgrünen an der Regierungsbeteiligung, sei es im Bund, in den Ländern oder den Gemeinden, hängen. Das war nicht von Anfang an so.

Im Zentrum der Mühen der neuen Linken stand anfangs bekanntlich die öffentliche Meinung. Sie zu beeinflussen, durch symbolische Aktionen, durch Argumente, durch Verweigerung, das war das Ziel der Bewegung. Wie die Mittel im Einzelnen auch sein mochten, letztlich ging es um Argumente.

Der Übergang vom Argumentieren ins parlamentarische Gesetzgeben war durchaus flüssig. Denn von der Schaffung einer öffentlichen Meinung zum Beschluss eines Gesetzes ist es nicht weit. Die Gesetze werden ja ebenso durch die Zustimmung der bürgerlichen Gesellschaft getragen wie durch die Sanktionsmacht des Staates gehalten.

Als entscheidender Schritt erwies sich aber die Regierungsbeteiligung. Die Macht der Regierung ist es, Fakten zu setzen, die sich eine Anhängerschaft gleichsam suchen. So kann der beschwerliche Weg gleichberechtigten Argumentierens verlassen werden. Es entsteht eine andere Art der Kommunikation, bei der die eine Seite Rahmenbedingungen setzt, während die andere Anpassung leistet.

Die Methode der Setzung gipfelt im kriegesischen Akt. Während im Inneren Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit die Tätigkeit der Regierungstätigkeit zügeln, haben kriegsführende Regierungen geradezu die Pflicht, denjenigen, der widerspricht, niederzuwerfen.

Ein Parteienbündnis, das sich, wie das rot-grüne, angewöhnt hat, Anhänger nicht durch das Argument zu suchen, sondern durch Faktensetzung gleichsam anzufertigen, entwickelt strukturelle Gewaltbereitschaft, die sich mit bestürzender Geschwindigkeit zurückwirft auf die Gestaltung der inneren Verhältnisse, der gesellschaftlichen Basis.

In der SPD wie auch bei den Bündnisgrünen sieht sich die Kritik an diesen Entwicklungen in die Ecke gedrängt. Obwohl in der Bevölkerung breit und weit Skepsis und Ablehnung des Kriegskurses fühlbar sind, scheinen die Wortführer von Krieg und Repression politisch irgendwie unangreifbar.

Tatsächlich bilden sich aber im politischen Feld Verwerfungen aus, wo gestern noch Anhängerschaft und Einflussphären klar abgesteckt zu sehen waren, tut sich ein Niemandsland auf.

maf



# Bundesverfassungsgericht weist PDS-Klage zurück

Das neue strategische Konzept der NATO verändert den Verteidigungsauftrag der NATO nicht, sagt Karlsruhe

Von Arno Neuber

Das Bundesverfassungsgericht hat am 20. November 2001 das strategische Konzept vom Frühjahr 1999 nicht als Veränderung, sondern lediglich als „eine Fortentwicklung und Konkretisierung“ des NATO-Vertrages bezeichnet und eine Organklage der PDS zurückgewiesen. Mit der neuen NATO-Strategie hatte sich das Bündnis als Interventionstruppe geoutet, die weltweit nach eigener Interessenlage, mit oder ohne UNO-Mandat, agieren will. Mit dem Aggressionskrieg gegen Jugoslawien wurde auch gleich ein praktisches Beispiel geliefert.

Den Karlsruher Richtern wäre zuzustimmen, hätten sie die Absicht gehabt, mit dem Mythos vom „Verteidigungsbündnis“ NATO aufzuräumen. Sie sehen aber das NATO-Ziel weiter in der „Abwehr und Abschreckung von Aggressionen dritter Staaten“.

Also müssen sie Definitionsakrobatik betreiben: Angriff ist eine Konkretisierung der Verteidigung, Interventionismus eine Fortschreibung von Abschreckung, Krieg nichts anderes als Friedenswahrung. „Hilfreich“ nennt der Bundeskanzler diese Entscheidung. Und man mag ihm nicht widersprechen, ist er doch gerade dabei, die „Neupositionierung“ Deutschlands mittels Beteiligung am „langandauernden Krieg“ der USA voranzutreiben.

Überzeugt hat die BVG-Entscheidung allerdings niemand. Am Ende mussten sich die Richter selber eingestehen, indem sie in der Begründung formulierten, dass es sich bei den sog. Krisenreaktionseinsätzen „noch“ um eine Vertragsfortentwicklung handle.

Die Karlsruher Richter wollten nach eigenem Bekunden „die Handlungsfähigkeit der Regierung“ sicherstellen. Das Parlament hat am 16.11. der Bundesregierung eine zwölfmonatige Ermächtigung zum Kriegführen auf dem halben Globus erteilt. Die KriegskritikerInnen aus SPD und (NATO-)Bündnis-Grünen haben sich in der Vertrauensabstimmung um den Kanzler geschart. Die Medien zeigen keine Bilder von der Wirklichkeit des Krieges. Die „Säulen der Zivilgesellschaft“ knicken ein, wenn das Land in den Krieg zieht.

Immerhin mussten die Damen und Herren Verfassungswächter „noch“ Rücksichten auf eine Stimmungslage im Lande nehmen, die von Kriegsbegeisterung weit entfernt ist. So betonten sie den

Parlamentsvorbehalt für konkrete Bundeswehreinheiten, den das Gericht, in anderer personeller Zusammensetzung, bereits im Urteil von 1994 festgestellt hatte. Das wird in Zukunft noch von Bedeutung sein für die politische Auseinandersetzung und die Formierung einer Bewegung gegen den Krieg. Nicht umsonst sind die Herren Schäuble, Lamers und Scholz von der CDU schon vor Monaten mit dem Vorschlag hervorgetreten, das Parlament bei künftigen Kriegseinsätzen zu entmachten und die Regierung allein entscheiden zu lassen. Und auch in der SPD-Fraktion mehren sich die Stimmen in dieser Richtung.

Auch der Hinweis auf das Budgetrecht des Parlamentes wäre aufzugreifen und in Politik umzusetzen. Insbesondere von den Gewerkschaften und auch von ihren Mitgliedern und Funktionsträgern mit Abgeordnetenmandat. Bei dieser Regierung ist Krieg Chefsache – um Arbeitsplätze sollen sich die Menschen selber kümmern. War es nicht mal anders versprochen worden?

Arno Neuber, Karlsruhe, ist Beiratsmitglied der IMI-Informationsstelle Militarisierung, Tübingen.

Quelle: [www.friedensratschlag.de](http://www.friedensratschlag.de)

## USA errichten festen Stützpunkt in Afghanistan

# Der Krieg hat erst begonnen

Seit Tagen dauert das schwere Gefecht um Kandahar an, die letzte Hochburg der Taliban. Auch im Norden leisten in mindestens vier Orten mehrere tausend Taliban-Kämpfer nach wie vor erbitterten Widerstand.

Durch alle Berichte über Kandahar klingt durch, dass die Gegenwehr der Taliban noch härter ist als erwartet. Besonders umkämpft ist der Flughafen, den die paschtunischen Kämpfer von Karsai – er ist als möglicher Präsident im Gespräch – jedoch allem Anschein nach noch nicht erobert haben (Stand 4.11.). Die Anti-Taliban-Verbände bereiten nach eigenen Angaben für die nächsten Tage die Erstürmung der Stadt vor. US-Verteidigungsminister Rumsfeld kündigte an, dass eine „schmutzige und unangenehme“ Aufgabe bevorstehe. (dpa, 3.12.) Was das heißt, lassen die vergangenen Wochen erahnen. Vielfach haben die afghanischen Verbündeten der USA und die US-Armee selbst schwere Kriegsverbrechen verübt. Zu Hunderten

wurden gefangengenommene Taliban mit gefesselten Händen erschossen aufgefunden. Das Massaker in der Festung Qala-i-Jhangi haben von fast 700 Kriegsgefangenen nur die rund 80 überlebt, die sich in unterirdischen Gewölben verstecken konnten.

Die USA setzen die Bombardierung militärischer und ziviler Ziele unvermindert fort, auch in Regionen, aus denen die Taliban vertrieben sind. Zuletzt trafen US-Bomber drei Bergdörfer, von denen mindestens eines unter Kontrolle der Nordallianz stand, und töteten den Berichten nach mehrere hundert Zivilisten.

Währenddessen bauen rund 1000 US-Marines, die in der zweiten Novemberhälfte mit schwerem Gerät gelandet waren und rund 80 km südlich von Kandahar Stellung bezogen, ihren Stützpunkt weiter aus, ohne sich an den Bodenkämpfen zu beteiligen. Transporthubschrauber setzten weitere Panzerfahrzeuge ab; ein Flugfeld wurde errichtet. Auch in Ostafghanistan bei Dschalalabad landeten in den letzten Tagen weitere US-Elitesoldaten, ebenso bei Masar-i-Sharif im Norden, wo sie wie auch in Bagram nördlich der Hauptstadt Kabul den Flughafen besetzten. Alles sieht danach aus, dass die USA dabei sind, in Afghanistan auf längere Zeit einen Militärposten zu errichten, von dem aus sie das Land und damit letztlich die Region kontrollieren können, gegen alle Widerstände im Inneren und gegenüber den benachbarten Großmächten Russland und China.

Für diese Absicht spricht auch, dass die USA verhältnismäßig wenig Interesse an der von der UNO ausgerichteten Bonner Afghanistan-Konferenz und ihren Ergebnissen zeigen. Würde hier tatsächlich das weitere Schicksal Afghanistans entschieden, würden die USA mit Sicherheit weniger Zurückhaltung an den Tag legen. Im Gegenteil verhalten sie sich gegenüber der Stationierung einer „internationalen Friedenstruppe“, die die UNO gegenüber der Nordallianz durchzusetzen versuchte<sup>1</sup>, so reserviert, dass der Schluss nahe liegt, dass die USA nicht daran denken, die Macht in Afghanistan in die Hände der UNO oder gar der afghanischen



Nach der Bombardierung durch die US-Airforce: In den Trümmern starben 17 Mitglieder einer Familie.

Übergangsverwaltung zu legen. Die Stationierung einer größeren Truppe schlossen sie ausdrücklich aus, das würde nur die US-Militäroperationen vor Ort erschweren<sup>2</sup>. Eine kleinere Truppe können sie dulden, vor allem, wenn sie durch NATO-Verbündete dominiert würde, mehr aber nicht.

Unterdes nehmen die Spekulationen über die weitere Eskalation des Krieges zu. Die Drohungen der US-Regierung richten sich in allererster Linie gegen den Irak. Auch Somalia rückt als womöglich nächstes Opfer ins Visier. Nach einem Bericht des britischen „Sunday Telegraph“ hat Washington die britische Regierung aufgefordert, „sich auf Militärschläge gegen Terrorbasen in Somalia vorzubereiten“, anscheinend mit der Begründung, dass Saddam Hussein in Somalia Trainingscamps für Terroristen finanziere. Beamte des Pentagon haben inzwischen bestätigt, dass US-Kriegsschiffe die Küste Somalias blockieren.<sup>3</sup> Auch die deutschen Marineverbände für den „Krieg gegen den Terror“ sind in die Region unterwegs. Die Fuchs-Spürpanzer werden dem Vernehmen nach Kuwait verlegt.

Darüber hinaus wird immer wieder eine ganze Reihe anderer Länder als mögliche Kriegsziele genannt: neben Irak und Somalia vor allem der Jemen, aber auch Länder wie Algerien oder die Philippinen. Inzwischen kann kaum noch bezweifelt werden, dass der Krieg gegen Afghanistan tatsächlich, genau so, wie Bush es nach dem 11. September ankündigte, nur der erste Schritt in einem langandauernden Krieg der USA und ihrer NATO-Verbündeten ist. Aus allen Verlautbarungen, Berichten, Spekulationen schaut sich immer deutlicher das Ziel der Neuordnung, der Unterwerfung der islamischen Welt heraus. Wozu die Verfolgung dieses Kriegsziels unvermeidlich führt, zeigt Tag für Tag die Lage im Nahen Osten, wo genau dieser Konflikt bereits voll entbrannt ist. Die Absicht der israelischen Besatzungsmacht, die Palästinenser in einem Zustand der Inferiorität, der Unterordnung zu halten, führt dazu, dass nicht nur einzelne Irregale oder Verzweifelte, sondern wirklich viele junge Menschen lieber sterben, um möglichst viel andere Menschen mit in den Tod reißen, als so zu leben, wie man sie anders nicht leben lässt: entrechtet und zweitrangig.

Die USA und ihre Verbündeten werden den Krieg gegen die islamische Welt nicht gewinnen können, aber er wird viele, sehr viele Opfer auf allen Seiten kosten. *scc*

1 Nach letzten Meldungen soll in Kabul und womöglich noch in anderen Orten eine Friedenstruppe mit UN-Mandat stationiert werden und der Übergangsverwaltung dabei helfen, „Recht und Gesetz durchzusetzen“. Die BRD hat sich als womöglich gar „führende Kraft“ innerhalb der „Friedenstruppe“ ins Gespräch gebracht.

2 Nach: Rainer Rupp, Russische Überraschung in Afghanistan, Artikel vom 3.12.. Rupp zitiert einen Artikel der britischen Zeitung „The Independent“ vom 1.12.)

3 Nach: Rainer Rupp, ebenda

## Repression in den USA

# Die Schlinge wird enger

## Präventivhaft und Folter

Seit dem 11.9. sind fast 1.200 Menschen festgenommen worden, fast alle nahöstlicher Herkunft und/oder Muslime. Die Regierung teilt nur mit, wie viele festgenommen wurden und wie viele wegen Verstoßes gegen die Einwanderungsgesetze verhaftet sind. Wie viele wieder freigelassen wurden bzw. noch inhaftiert sind, wem was genau vorgeworfen wird und unter welchen Bedingungen sie untergebracht sind, hält die Regierung geheim. Kate Martin vom Zentrum für Nationale Sicherheitsstudien vergleicht die Festnahmen mit dem „Verschwindenlassen“ von Menschen in Lateinamerika.

Am 29. Oktober reichte eine Koalition von Bürgerrechtsorganisationen eine Klage beim Gericht ein, um die Bekanntgabe der Namen der Festgenommenen sowie die Begründungen der Festnahmen zu erzwingen.

Trotz Geheimhaltung erfährt die Öffentlichkeit nach und nach mehr über die Haftbedingungen. Am 15. Oktober berichtete die Washington Post, dass die Festgenommenen in einer 2,4m mal 3m Zelle mit nur einem Bett und einer dünnen Bettdecke untergebracht sind, keinen Kontakt miteinander und mit ihren Familienangehörigen haben und nur beschränkten Kontakt zu ihren Anwälten. Sie dürfen nicht telefonieren, haben keinen Hofgang und eingeschränkte Duschmöglichkeiten. Ihnen wird muslimische Kost verweigert, und die Schließer hauen unnötigerweise alle zwei Stunden beim Zählappell gegen die Zellentüren.

Bei Anwaltsbesuchen werden ihnen Hand- und Fußketten angelegt, und sie werden von bis zu sechs Schließern bewacht. Das Gespräch findet durch eine Trennscheibe statt. Es wurde auch von Prügeleien, rassistischer Schikanierung und anderen Misshandlungen berichtet.

Mindestens einer der Festgenommenen ist in Haft gestorben. Am 23. Oktober wurde der 55-jährige Pakistani Muhammad Butt in seiner Zelle tot aufgefunden. Bis sein Tod bekannt gegeben wurde, wusste weder seine Familie oder die pakistanische Community noch das pakistanische Konsulat von seiner Festnahme. Das Justizministerium hat mittlerweile bestätigt, dass es keine Beweise für Kontakt zu den Tätern von 11. September gebe. Er wurde verhaftet wegen Verstoß gegen die Immigrationsgesetze und sollte ausgewiesen werden. Nach dem Autopsiebericht starb er an Herzversagen.

Nach einem Bericht der Sun vom 11. November wurde im Mayo Krankenhaus in Lahore, Pakistan eine zweite Autopsie durchgeführt. Der Cousin des Verstorbenen, Aziz Butt, teilte mit, dass die Autopsie mehrere Knochenbrüche in Brust- und Beinbereich festgestellt habe, welche darauf hinwiesen, dass Mu-

ammed Butt vor seinem Tod schwer gefoltert wurde.

## Militärtribunale

Bürgerrechtler und Rechtsanwälte sind angesichts der Flut von neuen repressiven Verordnungen der US-Regierung im sog. „Kampf gegen den Terrorismus“ in heller Aufregung. Mittlerweile wird die Schlinge der Repression sogar den Rechten zu eng. In den New York Times vom 15. November schrieb William Safire: „Von einem frustrierten und in Panik geratenen Justizminister falsch beraten, hat gerade ein Präsident der Vereinigten Staaten die diktatorische Macht ergriffen, Ausländer zu inhaftieren oder hinzurichten. Von Terroristen eingeschüchtert und mit dem leidenschaftlichen Ruf nach harter Gerechtigkeit erlauben wir es George W. Bush, die amerikanische Rechtsstaatlichkeit durch militärische Känguru-Gerichte\* zu ersetzen. In seiner berüchtigten Notstandsverordnung gesteht Bush ein, das Fundament des Rechtssystems der Vereinigten Staaten, ‚rechtsstaatliche Prinzipien und die Regeln der Beweislast‘, abzuschaffen.“

Die Rede ist von der von Bush am 13. November erlassenen Verordnung betr. „Festnahme, Behandlung und Verfahren von Nicht-US-Bürgern im Krieg gegen den Terrorismus“. Danach kann jeder des Terrorismus verdächtige Ausländer vor ein militärisches Tribunal gestellt werden. „Er nimmt sich die Macht, die Gerichte zu umgehen und seine eigenen Kriegsgerichttribunale einzuberufen, eine militärische Kommission, die über Nicht-US-Bürger richten soll, vor denen der Präsident bloß behaupten müsse, es gäbe ‚Gründe zu der Annahme‘, sie seien Mitglieder terroristischer Organisationen. Nicht mit seiner vorherigen Entscheidung zufrieden, der Polizei das Abhören des Gespräches eines Verdächtigten mit seinem Anwalt zu erlauben, entzieht Bush nun den ausländischen Verdächtigten sogar die beschränkten Rechte eines Kriegsgerichts. Sein Känguru-Gericht kann sich auf die nationale Sicherheit berufen, um Beweise zu unterdrücken, und seine eigenen Regeln aufstellen, einen Angeklagten schuldig sprechen – auch wenn ein Drittel der Offiziere anderer Meinung sind – und den Ausländer ohne Überprüfung eines zivilen Gerichts [weder national noch international] hinrichten. Der richterliche Zweig und die unabhängige Jury stehen nicht mehr zwischen der Regierung und dem Angeklagten. Anstatt dieser – in unserem Rechtssystem zentralen – Kontrollen und Gegengewichten stehen Nicht-US-Bürger eine Exekutive gegenüber, die Ermittler, Staatsanwalt, Richter, Geschworene und Gefängniswärter oder Scharfrichter ist.“

C. (Auszug aus einem Artikel im Angehörigen Info 253)

\* Im Angelsächsischen gebräuchliche Bezeichnung für Gerichte, die einfachen rechtsstaatlichen Grundsätzen Hohn sprechen



# Neuer Plan zur Armutsbekämpfung

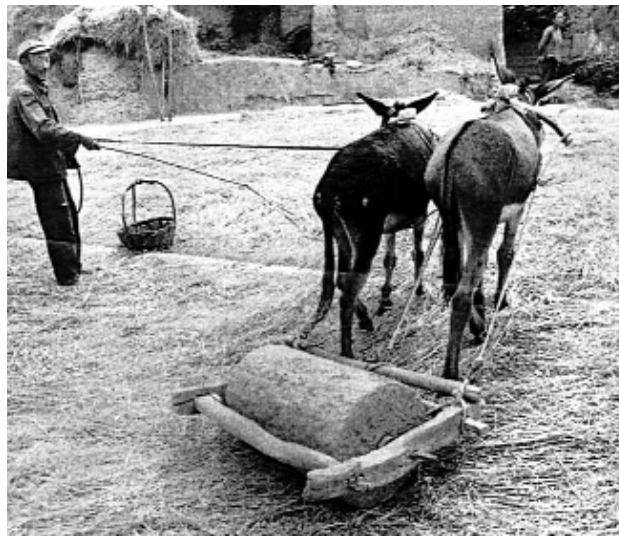
Nachdem ein im Jahr 1994 aufgelegtes siebenjähriges Programm zur Armutsbekämpfung im vergangenen Jahr ausgelaufen ist, hat der Staatsrat einen neuen Plan zur Armutsbekämpfung in den kommenden zehn Jahren aufgelegt. Unter dem Titel „Armutsbekämpfung für Chinas Dörfer 2001-2010“ wurden die Kriterien für die Vergabe entsprechender staatlicher Finanzmittel neu formuliert und neue Schwerpunkte der Armutsbekämpfung gesetzt.

Unter dem bisherigen „8-7“-Programm – Hilfe für 80 Millionen Arme über sieben Jahre – waren 592 Kreise, in denen das durchschnittliche Einkommen unterhalb einer bestimmten Grenze lag und die damit automatisch als „arme und Not leidende Kreise“ kategorisiert worden waren, in den Genuss staatlicher Subventionen gekommen. Nach den neuen Plänen sollen in Zukunft die Kriterien für die Mittelvergabe erweitert werden, indem etwa Faktoren wie die Ausstattung der lokalen Infrastruktur oder die kommunale Haushaltssituation berücksichtigt werden. Auch behält sich der Staatsrat zukünftig vor, eine Auswahl unter den Kreisen zu treffen, die von den verschiedenen Provinzen für staatliche Hilfeleistungen vorgeschlagen werden. Der automatische Mittelzuteilung soll damit ein Ende gesetzt werden.

Den Angaben zufolge soll die Betonung in Zukunft weniger auf einer einkommensbezogenen Armutsbekämpfung als auf einer nachhaltigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung armer Regionen liegen. Dies geht auch aus einer Rede hervor, die Jiang Zemin anlässlich einer zentralen Arbeitskonferenz zu dem Thema im Mai dieses Jahres verlesen hatte. Darin forderte er, Finanztransfers in die bedürftigen Gebiete mit Maßnahmen in den Bereichen des Infrastrukturausbaus, der Technologieförderung, der Schulbildung und der Verbreitung staatsbürgerlicher Grundkenntnisse zu verbinden. Unter dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ sollten die betroffenen Menschen angeleitet werden, sich selbst dauerhaft aus der Armut zu befreien; auch sei einem Rückfall in die Armut vorzubeugen. Rat solle man dabei nicht nur aus erfolgreichen, sondern auch aus gescheiterten Projekten der internationalen Entwicklungshilfe beziehen, da vor allem auch aus negativen Erfahrungen Lehren gezogen werden könnten. Lokale Anstrengungen müssten durch eine weitsichtige Wirtschaftspolitik der Zentralregierung ergänzt werden. Insbesondere seien die Nachfragestrukturen auf den Arbeits- und Gütermärkten im ganzen Land zu berücksichtigen, um abschätzen zu können, wie viel ländliche Arbeitskraft vom Agrarsektor in

den Industrie- bzw. Dienstleistungssektor gelenkt werden könne.

Offenbar ist die Regierung bestrebt, die Armutsbekämpfung möglichst vollständig in den Kontext der im 2001 verabschiedeten Strategie Entwicklung Westchinas zu stellen. Dies wird auch in der genannten Rede Jiang Zemens deutlich, in der er gefordert hatte, insbesondere die Planung großer Infrastrukturprojekte im Rahmen dieser Strategie an den Zielen der Armutsbekämpfung in den ärmsten Regionen Westchinas auszurichten. Wie der „Aufbau West“ soll auch die Armutsbekämpfung künftig nicht nur sozioökonomische, sondern auch politische Ziele verfolgen, nämlich die Förderung der Einheit unter den ver-



schiedenen ethnischen Gruppen des Landes sowie die Ordnung und die soziale Stabilität in den Grenzregionen Chinas.

Einen Seitenhieb unternahm Jiang Zemin schließlich an die Adresse der internationalen Öffentlichkeit, die die VR China immer wieder eklatanter Menschenrechtsverletzungen bezichtigt. Die Erfolge, die China in den vergangenen zwanzig Jahren bei der Armutsbekämpfung erzielt habe, stellten, so Jiang, eine Gewährleistung der grundlegendsten Menschenrechte, nämlich des „Rechts auf Überleben“ und des „Rechts auf Entwicklung“, dar und widerlegten damit die Vorwürfe westlicher Anti-China-Kräfte.

## Kritik an dem Programm

Aber das Programm bleibt nicht un widersprochen. Kritisiert wird von einigen chinesischen Sozialwissenschaftlern die dem neuen Programm zugrunde liegende Definition von „bedürftigen Personen“, auf deren Grundlage die Zahl der Armen auf die unrealistische Größen-

ordnung von nur noch 30 Millionen gesenkt werde. Problematisch sei die Definition vor allem, weil sie ihr Augenmerk auf abgelegene ländliche Gebiete, vor allem in der Autonomen Region Tibet und anderen Grenzregionen, richte, die Armut bedürftiger Bevölkerungsschichten in anderen Landesteilen dagegen außer Acht lasse. Außerdem blende das Programm die an die 200 Mio. herumvagabundierenden Wanderarbeiter aus, die auf der Suche nach Arbeit vor allem in den Küstenregionen unter ärmlichsten Verhältnissen leben.

Widerstand kommt auch aus anderen Ecken. Übereinstimmend berichteten das Hongkonger Informationszentrum und die Organisation Human Rights in

China, dass am 26. September in Beijing ein Strafprozess gegen vier Intellektuelle stattgefunden hat. Der Journalist Xu Wei, der Computerfachmann Yang Zili, der Geologe Jin Haike und der Schriftsteller Zhang Honghai werden der „Subversion der Staatsmacht“ beschuldigt, ein Straftatbestand, der nach chinesischem Strafrecht mit einer Mindeststrafe von zehn Jahren Haft geahndet wird. Die vier Männer sind angeklagt, eine Organisation mit dem Namen „Studiengesellschaft Neue Jugend“ ins Leben gerufen zu haben und mit der „Erforschung sozialreformerischer Ansätze“ organisatorisch aktiv geworden zu sein. In im Internet veröffentlichten Artikeln sollen sie Ideen verbreitet haben, wonach „die gegenwärtig in China praktizierte Demokratie eine Farce“ sei. Auch sollen sie dazu aufgerufen haben, „der Politik der Alten ein Ende zu setzen und ein junges China aufzubauen“.

Der Name der Organisation bezieht sich auf die Widerstandsgeschichte Chinas. 1915, in Shanghai, gründete der erste Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chinas, Chen Duxiu, eine Zeitschrift mit dem Titel „Neue Jugend“. Die Zeitschrift gilt als „erstes revolutionäres Organ des inländischen revolutionären Kampfes“. Sie prägte mit ihren Pamphleten für ein junges China die Debatte während der vierten Mai-Bewegung und wurde im Jahr 1921 zum Parteiorgan der KP Chinas. Die zitierten Passagen aus der Anklageschrift legen nahe, dass die historische Parallele durchaus bewusst gezogen wurde. *hav*, Quelle: China aktuell



**Mehrere zehntausend Bauern demonstrierten am 2. Dezember, in Seoul gegen die Absicht der Welthandelsorganisation WTO, den südkoreanischen Reisemarkt für Importe zu öffnen. Dadurch ist die Existenz zahlloser Bauern akut bedroht. Die Demonstranten verbrannten Reis und Puppen und setzten sich gegen angreifende Polizei entschlossen zur Wehr.**



## Streikende bei VW Sao Paulo

VW hatte in seinem größten ausländischen Werk 3.000 von 16.000 Arbeitern gekündigt. VW hatte die Entlassungen mit Überkapazitäten und dem Rückgang des Absatzes begründet. In den Werken von VW, Ford und General Motors würden in diesem Jahr 1,7 Millionen Fahrzeuge produziert, die Produktionskapazität liegt aber bei drei Millionen. Nach mehrwöchigen Auseinandersetzungen und Streiks haben sich nun die brasilianische Gewerkschaft und das Management des VW-Werkes in Sao Paulo Ende November auf ein Maßnahmenpaket geeinigt, mit dem die Massenentlassungen verhindert werden sollen. Demnach soll die Zukunft des Werkes in Brasilien für fünf Jahre durch Reduzierung der Arbeitszeit und des Lohnes jeweils um 15 Prozent sowie mittels eines Abfindungsprogramms für 700 Arbeiter gesichert werden. Gleichzeitig verpflichtet sich VW, in den nächsten fünf Jahren 500 Mio. Reais in die Modernisierung des Werkes zu investieren. Die bereits ausgesprochenen 3.000 Entlassungen wurden zurückgenommen. VW gab für die kommenden fünf Jahre eine Arbeitsplatzgarantie unter der Voraussetzung, dass der brasilianische Automarkt jährlich um fünf Prozent wächst.

rub

## Spanien: Großdemonstration gegen Universitätsgesetz

Rund 350.000 Menschen aus dem ganzen Land versammelten sich, aufgerufen von der Mehrheit der Studierendenorganisationen, den großen Gewerkschaften und rund 100 Rektoren und Vizerektoren, am 1. Dezember in Madrid gegen das neue Universitätsgesetz der konservativen Regierung. Forderungen der Demonstration waren u.a. eine ausreichende Finanzierung der staatlichen Universitäten, der Erhalt der Autonomie der Universitäten, keine Privilegierung der Privatuniversitäten, wie der Gesetzentwurf sie vorsieht, keine Ersetzung der bisherigen von den Mittelschulen parallel zum Abitur ausgerichteten Abschlussprüfung durch unterschiedliche und selektierende Prüfungen der einzelnen Universitäten. Es war die größte Demonstration gegen die konservative Regierung seit deren Antritt 1996.

## Niederlande: Studiengebühren erhöht – auf 3076 Gulden

In den Niederlanden wird das Studieren teurer. Für das kommende Studienjahr, das im September nächsten Jahres beginnt, wird der einzelne Student 3076 Gulden an Studiengebühren zu zahlen haben. Dies sind gegenüber dem laufenden Studienjahr 146 Gulden mehr. Nach Angaben von Bildungsminister Hermans würde der Mehrbetrag durch eine Erhöhung der Studienförderung ausgeglichen und diejenigen, die diese nicht bekämen, könnten sich das Geld leihen.

AMS International

## Kinderarmut in Osteuropa und den GUS-Staaten

Das Uno-Kinderhilfswerk Unicef wies jetzt darauf hin, dass in Osteuropa und den GUS-Staaten, vor allem in Albanien, Rumänien, Russland, der Ukraine und den zentralasiatischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion, immer mehr Kinder unter den Auswirkungen der wirtschaftlichen Wandlungsprozesse leiden.

Insgesamt ist die Zahl der Kinder unter fünf Jahren im Vergleich zu 1990 um ein Drittel zurückgegangen, die Zahl der in Armut lebenden Kinder drastisch gestiegen. 17 Millionen Minderjährige müssen mit weniger als umgerechnet 2,15 \$ pro Tag überleben. Immer mehr Kinder würden in Heimen landen. Die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss habe in fast allen Staaten stark zugenommen. Besorgniserregend, so der Bericht von Unicef, sei auch die erneute Ausbreitung von Krankheiten, die in den vergangenen Jahrzehnten als besiegt gegolten hätten. In Rumänien, Kirgistan und Kasachstan seien Tuberkulose-Erkrankungen wieder weit verbreitet. Estland habe inzwischen die höchste Rate an Tuberkulose-Erregern, die gegen die gängigen Behandlungsarten resistent sind.

## Rumänien verschärft Kritik an ungarischem Status-Gesetz

Die Differenzen zwischen Ungarn und Budapest über das ungarische Statusgesetz haben sich eher verschärft. Die rumänische Regierung kritisierte in einem

Memorandum nochmals das Gesetz – es heißt inzwischen offiziell Vergünstigungsgesetz und soll am 1.1.2002 in Kraft treten –, das ungarischen Minderheiten in den Nachbarländern durch eine Reihe von Privilegien eng an Ungarn binden soll (wir berichteten). Rumänien fordert die Rücknahme oder Änderung einer Reihe von Bestimmungen. Insbesondere kritisiert sie die erklärte Zielsetzung des Gesetzes, wonach die in den Nachbarländern lebenden Ungarn als Teile der gleichen, über die Grenzen hinweg vereinten Nation ihre Identität bewahren sollten. Deshalb befürchteten die Regierung und andere Kritiker des Gesetzes in Rumänien, dass Ungarn unter dem Mantel von Minderheitenschutz territoriale Forderungen verfolgt. Deshalb verlangt Rumänien eine Erklärung Ungarns, dass das Gesetz den Trianon-Vertrag von 1920, mit dem Ungarn Siebenbürgen und Teile Ostungarns an Rumänien abtrat, nicht in Frage stellt. Die ungarische Regierung reagierte empört und verweigert die Erklärung.

## Einigung über Entschädigung für jüdische Gemeinden in Wien

Die Einigung über Entschädigung der österreichischen Bundesländer an die israelitische Kultusgemeinde Wien erfolgte überraschend schnell. Die Bundesländer werden 250 Mio. Schilling (ca. 35 Mio. DM) für von den Nazis enteignetes jüdisches Gemeindevermögen zahlen, teilweise in Form von Beiträgen zur Finanzierung der Infrastruktur der Kultusgemeinde. Der Gesamtwert der durch den faschistischen großdeutschen Staat zerstörten oder gestohlenen Gemeindegüter, abgesehen vom geraubten Privatvermögen der jüdischen Bevölkerung, liegt jedoch schätzungsweise bei 7 Mrd. Schilling (ca. 1 Mrd. DM) nach heutigem Wert. U.a. wurden 95 jüdische Bethäuser und Synagogen zerstört. Nach 1945 wurde der Gemeinde nur ein kleiner Teil der enteigneten Liegenschaften zurückerstattet. Wiederaufbauhilfe erhielt sie nicht. Die jüdische Gemeinde hatte zunächst eine Entschädigung von gut einem Zehntel jenes Betrages, nämlich 800 Mio. Schilling, gefordert, aber selbst diesen Betrag verweigerten die Bundesländer.

Zusammenstellung scc

BERLIN. Unter dem Schutz von 4000 Polizisten demonstrierten rund 3300 NPD-Anhänger am 1. Dezember gegen die Wehrmachtsausstellung. Der Senat hielt die Route geheim, die Polizei sperrte den Bereich weiträumig ab, im Bezirk Mitte herrschte der Ausnahmezustand. Mehrere Tausend GegendemonstrantInnen waren unterwegs, die Polizei hinderte sie brutal daran, an die Nazidemo heranzukommen. Die Wehrmachtsausstellung war an diesem Tag überfüllt, u.a. auch mit bekannten Persönlichkeiten. NPD-Gegnern hatten zu solchen demonstrativen Besuchen aufgerufen. Die PDS forderte am 3. Dezember die Einberufung des Innenausschusses wegen der „unverantwortlichen Polizei-Taktik“ und der „skandalösen Informationspolitik“. Die CDU verlangte eine Änderung des Versammlungsrechts: „Rechtsextremistische Aufmärsche müssen verboten werden können, wenn sie erhebliche Interessen wie etwa völkerrechtliche Verpflichtungen gefährden“. Die Grünen wollen eine gründliche Auswertung unter Einbeziehung aller Beteiligten. Im autonomen Bereich wird die Rolle militanter Antifa-Aktionen diskutiert. *Fotos und Berichte bei <http://de.indymedia.org>*



## Ist die Residenzpflicht für Flüchtlinge verfassungsgemäß?

OLDENBURG. Das Berufungsverfahren BRD gegen Richard Ndika Ndakwe endete mit einer Verurteilung zu 25 Tagesstrafen à 8 DM. Das Landgericht Oldenburg sah es als erwiesen an, dass Herr Ndakwe „schuldhaft, rechtswidrig und tatbestandsmäßig“ gegen die räumliche Beschränkung der Aufenthaltsgestattung nach § 56 Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) verstoßen hat. Richard Ndakwe hatte im April 2000 eine Frau auf die Ausländerbehörde in Oldenburg begleitet, um ihr beim Ausfüllen eines Formulars zu helfen. Laut AsylVfG hätte er sich aber nur im Ammerland aufhalten dürfen oder eine Erlaubnis dafür beantragen müssen. Unbestritten ist, dass Richard Ndakwe sich am 6. April 2001 ohne Genehmigung in Oldenburg aufgehalten hat. Im Verfahren stand jedoch zur Debatte, ob sein Verhalten als „kriminell“ zu bezeichnen ist und deshalb bestraft werden soll.

Die grundsätzliche Frage nach der Verfassungsmäßigkeit der sogenannten „Residenzpflicht“ wollte das Gericht und auch die Staatsanwaltschaft jedoch nicht in die Urteilsfindung einbeziehen. Der Antrag der RA Gabriele Heinecke, die Verfassungsmäßigkeit des AsylVfG zu prüfen, wurde abgewiesen mit der Begründung, dass die Einschränkung der Grundrechte von AsylbewerberInnen durch den „Schutz der nationalen Sicherheit“ und der „öffentlichen Ordnung“ gerechtfertigt sei.

Durch die eindeutige Positionierung des Gerichts erhielt die Untersuchung der Verwaltungspraxis der Ausländerbehörde das Hauptgewicht im Prozess. Hierbei ging es darum festzustellen, welche Maßstäbe die Behörden bei der Genehmigung bzw. Verweigerung von Anträgen zum Verlassen des zugewiesenen Landkreises anlegt und ob Flüchtlinge überhaupt die Chance haben, diesen gerecht zu werden. Deutlich wurde, dass die Behörden-Angestellten nicht gewillt sind, den Rechtsgrundsatz „im Zweifel

für den Angeklagten“ gelten zu lassen. Im Gegenteil erwarten sie von den Beschuldigten, dass sie ihre „Schutzbehauptungen“ belegen, sehen sich jedoch nicht dazu veranlasst, ihnen dies mitzuteilen. Eine „Amtsaufklärungspflicht“ scheint Flüchtlingen gegenüber nicht zu gelten.

Richard Ndakwe wird gegen das Urteil Revision einlegen, um einerseits sein persönliches Recht auf Bewegungsfreiheit zu erstreiten, andererseits aber auch grundsätzlich den Sinn der „Residenzpflicht“ zu hinterfragen.

[www.humanrights.de](http://www.humanrights.de)

## Gegen Hierarchie und Ausgrenzung – Aktion gegen Burschenschaften

NÜRNBERG. Am 16. Dezember treffen sich traditionell hunderte von Burschenschaftlern zum sogenannten „Thomasbummel“ in Nürnberg. Die Studentische Versammlung der Uni Erlangen ruft zu Protestaktionen auf: „Seit Jahrhunderten treffen sich studentische Verbindungen zum Thomastag, dem 3. Advent in Nürnberg. Gemeinsam demonstrieren sie hier natürlich nicht für Nationalismus, Sexismus und Kapitalismus, denn die

Damen und Herren Akademiker haben es nicht nötig, auf der Straße Aufmerksamkeit zu erregen. Zu Führern herangezogen, als Manager, Politiker, Ingenieure oder Pfaffen haben sie bessere Mittel, Menschen ihren „Prinzipien“ die sie „Ehre, Freiheit, Vaterland“ nennen, unterzuordnen. Wenn sie am Thomastag zu hunderten schwer bewaffnet (mit ihren „Prunkschlägern“) und lustig uniformiert (in „vollem Wuchs“) in der Nürnberger Fußgängerzone (Karolinenstraße) im Kreis laufen, ist das Ausdruck ihres Corpsgeistes, der sie alle, ob Burschenschaft, Corps oder sonstige Verbindung, eint. So marschieren die sich liberal und „unpolitisch“ gebenden netten Jungs von nebenan einträchtig mit offen Rechtsextremen (wie der NPD-nahen „Frankonia“ aus Erlangen) durch Nürnberg. Eine Distanzierung ist überflüssig. Das gerne erzählte Märchen vom bösen Nazi, der die Verbindungen unterwandert, ist falsch. Im Gegenteil: Gemeinsam verteidigen alle studentischen Verbindungen eine elitäre unterdrückerische Gesellschaftsordnung, in der sie die Spitze stellen wollen.

Diese Ordnung akzeptieren wir nicht! Gegen Hierarchie und Ausgrenzung. Beteiligt euch am Aufmarsch der selbsternannten Elite! Macht Krach! Habt Spaß! Kommt am Sonntag, den 16. Dezember um 14 Uhr zur Karolinenstraße in Nürnberg.“ [www.studenten.uni-erlangen.de](http://www.studenten.uni-erlangen.de)

## Auszeichnung für das „Elmshorner Bündnis gegen Neonazis“

ELMSHORN. Am 27. November wurde in einer Feierstunde in der Patriotischen Gesellschaft zum dritten Mal die Herbert-Wehner-Medaille verliehen. Die Medailen an die diesjährigen gleichberechtigten Preisträger, die Kirchengemeinde Mümmelmannsberg und das „Bündnis gegen Neonazis“ Elmshorn wurden überreicht von Greta Wehner, der Witwe von Herbert Wehner, und Wolfgang Rose, Vorsitzender des ver.di Landesbezirks Hamburg. Mit der Verleihung der Herbert-Wehner-Medaille werden Personen





und/oder Institutionen ausgezeichnet, die sich durch aktives Eintreten um und für die Demokratie verdient gemacht haben. Der Ehrenpreis wurde von der Deutschen Postgewerkschaft, Ortsverband Hamburg, 1997 gestiftet. Seitdem wird die Medaille alle zwei Jahr verliehen. S.P.

## „Fesche Lola“ – Neue Zeitung der „Schüler gegen Rechts“

ROSTOCK. Die Zeitung soll viermal im Jahr erscheinen. Das Projekt „Schüler gegen Rechts“ stellen die SchülerInnen so vor: „Der Rechtsextremismus in Deutschland entwickelt sich zu einem immer größer werdenden Problem, von dem wir alle betroffen sind. Denn durch unzählige Aktionen mischen sich die Rechtsextremisten in das Alltagsleben der gesamten Bevölkerung ein. Um „Bürgernähe“ zu demonstrieren, organisiert die NPD Kinderfeste und gründet Bürgerinitiativen. Bei der Verbreitung ihrer „nationalen“ Ansichten machen die Rechten auch vor Schulen nicht Halt! So wurde vor einiger Zeit in Greifswald eine „Schülerinitiative für freie Meinungsbildung und -äußerung“ gegründet, die nach eigenen Aussagen „freundlicher Weise von der NPD unterstützt wird“. Seit dem 3. September 2001 gibt diese „Schülerinitiative“ die rechtsgerichtete Schülerzeitung, das „Greifswalder Sprachrohr“, heraus. Vorerst erscheint sie in Greifswald, Stralsund und Waren/Müritz. Die Verteilung soll später aber auf ganz Mecklenburg-Vorpommern ausgedehnt werden.

Um dieser Propaganda entgegenzutreten, hat sich in Mecklenburg-Vorpommern ein Netzwerk von Schülerinnen und Schülern gegründet, die nicht tatenlos zusehen, sondern aktiv werden wollen. Die Aktionen der „Schüler gegen Rechts“ sind dabei sehr vielfältig. So arbeiten wir an einer landesweiten Schülerzeitung, die ihr gerade in den Händen haltet. Des Weiteren gibt es bereits eine Homepage ([www.sgr-mv.de](http://www.sgr-mv.de)). Außerdem haben sich in nunmehr vier Städten Mecklenburg-Vorpommerns regionale Gruppen der Initiative „Schüler gegen Rechts“ gegründet: in Greifswald, Neubrandenburg, Neustadt-Glewe und Rostock. Die Schülergruppen sind untereinander vernetzt und arbeiten gemeinsam an Projekten gegen Rechts: Wir reisen z.B. gemeinsam zu Nazi-Demonstrationen und beteiligen uns mit kreativen Ideen an den Gegenveranstaltungen. Vor Ort werden Plakate und Aufkleber entworfen, Flugblattaktionen durchgeführt, Transparente gemalt, illegal geklebte Nazi-Plakate entfernt, Diskussionsabende zu verschiedenen Themen veranstaltet, Seminare besucht, Projektstage an der Schule geplant und Rechtsextremismusumfragen an der Schule gestartet. Ihr seht, es gibt viele aufregende und spannende Sachen zu tun.

Was uns aber auch noch wichtig ist: Wir beschäftigen uns nicht nur mit dem

Thema Rechtsextremismus. Bei uns können sich also auch alle Schülerinnen und Schüler melden, die sich mit Themen wie Umwelt, Gleichberechtigung der Frau, Demokratie, Kultur, Jugendmitbestimmung etc. beschäftigen wollen. Die Idee der Initiative „Schüler gegen Rechts“ besteht darin, dass unterschiedliche Jugendkulturen und Interessen gebündelt werden sollen.“ [www.sgr-mv.de](http://www.sgr-mv.de)

## EU-weite Protestwoche von StudentInnen und SchülerInnen

POTSDAM. Vom 10. bis 14. Dezember finden parallel zu Protesten der Euro-marschbewegung und Globalisierungsgegner beim EU-Gipfel Aktionen von SchülerInnen und StudentInnen in verschiedenen Städten statt. In Brandenburg wird z.B. zu einer landesweiten SchülerInnen und Studierenden Protestdemonstration am 13.12.2001 in Potsdam aufgerufen. „Wir wollen auch darauf aufmerksam machen, dass die Regierung stets die Sozial- und Bildungsausgaben kürzt, aber anscheinend ohne mit der Wimper zu zucken Millionen für Kriegs-

Schülerdemo am 23.11.01 in Köln.  
Bild: [www.arbeiterfotografie.com](http://www.arbeiterfotografie.com)



einsätze locker machen kann! Beteiligt Euch an der Demonstration und/oder organisiert Aktionen oder Veranstaltungen die den Bildungsabbau, die Innenpolitik oder den Krieg in Afghanistan thematisieren!“ Am 12.12. findet ein Demonstrationzug durch Leipzig statt. In Düsseldorf heißt die Demonstration am 9. Dezember „Freiheit stirbt mit Sicherheit – Gegen Rasterfahndung und Sicherheitswahn“. Eine zentrale Protestaktion im Ruhrgebiet gegen Bildungsprivatisierung ist in Planung. An verschiedenen an-

deren Universitäten sind symbolische Besetzungen, Filmvorführungen, Ausstellungen, Veranstaltungen geplant. Am 14. Dezember soll die Protestwoche mit einer Demo in Brüssel abgeschlossen werden. [www.studi-protest.de/vu](http://www.studi-protest.de/vu)

## Schutzrechte für Kinderflüchtlinge – Pro Asyl drängt auf Verwirklichung

FRANKFURT A.M. Anlässlich der Verleihung des mit 10.000 DM dotierten ‚Blauen Elefanten für Kinderrechte‘ durch den Deutschen Kinderschutzbund und die Ravensburger Ratgeber im Urania-Verlag an PRO ASYL erinnert der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft, Heiko Kauffmann, die Parteien der Regierungskoalition, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, an die Beschlüsse ihrer letzten Parteitage zur Rücknahme der Vorbehaltserklärung und zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention. Auch nach entsprechenden Beschlüssen des Bundestages vom 30.9.1999 und vom 5.12.2000 sowie einer Entscheidung des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages vom 26.9.2001 – zugunsten einer Petition von PRO ASYL – habe die Bundesregierung ihre Verweigerungshaltung gegenüber der Verwirklichung von Schutzrechten für Kinderflüchtlinge bisher nicht aufgegeben. Im Gegenteil verstoße der Entwurf von Innenminister Otto Schily für ein neues Zuwanderungsgesetz mit der weiteren Herabsetzung des Nachzugsalters gegen völkerrechtliche Bestimmungen und europäische Standards. „Im Umgang mit der schutzbedürftigsten Gruppe von Flüchtlingen, den unbegleiteten Kinderflüchtlingen, zeigt die ‚zivilisierte Welt‘ wie zivilisiert sie wirklich ist“, mahnte Kauffmann Politik und Gesellschaft. Er fordert Bundestag und Bundesregierung auf, „Menschenrechte und Kinderrechte nicht länger immer nur zu proklamieren, sondern im konkreten Fall endlich zur Geltung zu bringen.“ [www.proasyl.de](http://www.proasyl.de)

## Demonstration am 2. Februar gegen das Treffen der Welt-Kriegselite

MÜNCHEN. Wie jedes Jahr findet im Februar die „Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik“ (die frühere Wehrkundetagung) statt, ein Treffen von Regierungsvertretern der NATO-Staaten und rund 200 hochkarätigen Militärstrategen, Generälen und Rüstungsexperten. Zahlreiche Gruppen aus München und ganz Bayern rufen auf zur Protestkundgebung am 1. Februar und zur Demonstration am 2. Februar 2002 unter dem Motto: „Gegen das Treffen der Welt-Kriegselite in München! Stoppt die Kriegspolitik der NATO-Staaten!“ Sie erklären: „Die Münchner Sicherheitskonferenz ist kein lokales Ereignis. Sie ist das Davos der NATO und ihrer Militärstrategen. Deshalb: Mischt Euch ein. Kein Frieden mit den Kiegsplanern!“ [www.buko24.de/nato.htm](http://www.buko24.de/nato.htm)

*Im Vorfeld der Rezession. Die rot-grüne Regierung, deren Wahl ganz wesentlich auf dem Versprechen beruhte, die Arbeitslosigkeit zurückzuführen, sieht sich nun am Beginn eine Rezession. Wie wird sie reagieren?*

*Wir dokumentieren auf den folgenden Seiten ein Dokument, das nach Auskunft von Tacheles ein Gesetzentwurf zur Neuordnung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe werden soll, sowie eine Kritik an derartigen Plänen aus Kiel. Im Anschluss*

*daran bringen wir einen Bericht vom Gewerkschaftspolitischen Kongress der PDS in Mannheim und dokumentieren das Referat zu Geschichte und Aussichten der Tarifpolitik, das der langjährige bayerische ÖTV-Vorsitzende Michael Wendl (jetzt ver.di Bayern) gehalten hat. Der von Tacheles veröffentlichte F&F-Entwurf verdient besondere Aufmerksamkeit, weil er zeigt, dass die rot-grüne Regierung auf die Krise ihrer Beschäftigungspolitik eine Tendenz zur Zwangs-*

*bewirtschaftung der Arbeit entwickelt. Dem Staat würde ein Recht zugeschrieben, selbst minimalste Unterhaltsleistungen zu kürzen, um Arbeitsleistung zu erzwingen. Damit würde ein Verhältnis von Arbeitsentgelt und Arbeitsleistung durchgedrückt, das um Größenordnungen schlechter als im tarifierten Bereich läge.*

*Michael Wendels Beitrag zur Tarifpolitik, wirft viele Fragen auf, von großer praktische Bedeutung ist seine These, dass die rot-grünen Regierung im We-*

**Tacheles meldet: Noch geheim, aber im Tacheles schon bekannt! Nachfolgenden Entwurf von den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen finden wir so brisant, dass wir ihn schon im Vorfeld veröffentlichen wollen. Das Papier liegt Tacheles im Original vor.**

# „Fördern und Fordern – Sozialhilfe modern...“

**Antrag (Entwurf) Der Fraktion SPD und Bündnis 90/Die Grünen**

## Fördern und Fordern – Sozialhilfe modern gestalten

*Der Bundestag wolle beschließen:*

*I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:* Die Sozialhilfe ist eine unverzichtbare Säule des Sozialstaates in Deutschland. Ihr Leitgedanke ist, Menschen die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht, wenn eigene Mittel, familiäre Unterstützung oder vorrangige Sozialleistungen nicht ausreichen und der Hilfesuchende sich aus eigener Kraft nicht helfen kann. Der Rechtsanspruch auf Sozialhilfe besteht unabhängig von der Ursache der Notlage. (...)

Von 1980 bis 1997 hat sich die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt verdreifacht. Hauptursachen sind Arbeitslosigkeit, geringe Erwerbseinkommen, fehlende Schul- und Berufsabschlüsse, veränderte Familienstrukturen und Überschuldung. (...)

Nachdem die Hilfen in besonderen Lebenslagen in den wesentlichen Bereichen der Hilfe zur Pflege, der Eingliederung behinderter Menschen, der Hilfe bei Krankheit und der Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten bereits reformiert wurden, besteht im Bereich der Hilfe zum Lebensunterhalt Bedarf nach einem Strukturkonzept, das konstruktive Antworten auf die genannten Entwicklungen gibt, sich an den Lebenslagen der Betroffenen orientiert und andererseits den bewährten Grundsätzen der Sozialhilfe – einer menschenwürdigen Bedarfsdeckung, der Hilfe zur Selbsthilfe und des Nachrangs – Rechnung trägt.

Für die Hilfe zum Lebensunterhalt können von daher verschiedene Bereiche benannt werden, die neu zu gestalten und bei einer Reform der Sozialhilfe zu beachten sind:

- Eine Neukonzeption der Regelsatzbemessung und Fortschreibung steht – auch auf Grund unzureichender statistischer

Grundlagen – noch aus. Eine bloße rechnerische Weiterentwicklung ist nicht sinnvoll, weil sich u.a. die statistischen Grundlagen verändert haben und die Abgrenzung laufender und einmaliger Leistungen neu zu regeln ist.

- Zahlreiche gesetzlich vorgegebene Einzelfallentscheidungen insbesondere bei einmaligen Leistungen werden von den Sozialhilfebedürftigen als bevorzugend empfunden und lösen gleichzeitig einen hohen Verwaltungsaufwand aus.

- Insbesondere die Vielschichtigkeit der Lebenslagen, wie sie auch der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung darstellt, erfordern eine intensive Beschäftigung mit dem Einzelfall über die materielle Hilfe hinaus. Notlagen haben häufig nicht nur eine Ursache wie z.B. Arbeitslosigkeit, hinzu kommen oft ein fehlender Schul- oder Berufsabschluss, Überschuldung, Trennung und Scheidung.

- In der Praxis wird Hilfe zum Lebensunterhalt angesichts des „Massengeschäfts“ oft nicht als komplexe soziale Dienstleistung – wie im Gesetz definiert – verstanden, sondern weitgehend auf die Überprüfung der Bedürftigkeit und die Abwicklung von Zahlungsvorgängen reduziert. Der hohe Verwaltungsaufwand bindet Kapazitäten, die für eine individuelle Motivierung, Beratung und professionelle Unterstützung von Selbsthilfe und für wirkungsorientierte Strategien zur Überwindung von Sozialhilfebedürftigkeit erforderlich wären.

- Es fehlt an ausreichend zielorientierten Handlungsansätzen für eine aktivierende, mitverantwortliche und notwendigerweise gleichberechtigte Beteiligung der Hilfeempfänger an dem Prozess der Überwindung von Sozialhilfebedürftigkeit.

- Eine Koordinierung zwischen Arbeits- und Sozialämtern findet noch nicht flächendeckend und umfassend genug statt, obwohl Arbeitslosen- und Sozialhilfe die selben Ziele der Sicherung des Lebensunterhaltes und der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt verfolgen. (...)

- Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialämter sind mit zum Teil

schwierigen und Komplexen Problemen der Hilfesuchenden konfrontiert. Dies setzt eine hohe Qualität der Arbeit voraus und erfordert eine Weiterentwicklung kommunalen Verwaltungshandelns.

- Der Handlungsspielraum der Kommunen ist durch die Belastung der kommunalen Haushalte infolge hoher Empfängerzahlen und Ausgaben in der Sozialhilfe eingeengt (...) Ziel einer vom Lebenslagenansatz ausgehenden Reform soll ein einfaches, transparentes und in sich konsistentes System der Gewährung der materiellen Hilfeleistungen sein. Zum anderen geht es darum, durch mehr individuelle Unterstützung Sozialhilfebedürftigkeit zu vermeiden bzw. zu überwinden.

*Dabei sollen folgende Eckpunkte berücksichtigt werden:*

- *Finanzielle Leistungen transparent und bedarfsgerecht weiter entwickeln* – Nach Auslaufen der gesetzlichen Übergangsregelung zur Festsetzung der Regelsätze (§ 22 Abs. 6 BSHG) müssen Regelsatzbemessung und Fortschreibung neu bestimmt – u.U. auch neu konzipiert – werden. Für eine sachgerechte und dauerhafte Lösung ist dies erst zusammen mit der Auswertung und Umsetzung der Ergebnisse aus den laufenden Modellvorhaben zur Pauschalierung von Leistungen in Angriff zu nehmen. (...)

- *Selbstverantwortung des Hilfeempfängers stärken und Verwaltung vereinfachen* – Die Selbstverantwortung des Hilfeempfängers muss gestärkt und Verwaltungsvorgänge vereinfacht werden. Die Auswertung der Modellversuche zur Pauschalierung wird zeigen, ob diese Ziele durch eine weitergehende Pauschalierung zu erreichen sind. Dabei muss insbesondere geprüft werden, ob eine Pauschalierung der Unterkunftskosten mit der Bedarfsgerechtigkeit zu vereinbaren ist. Die bedarfsgerechte Berücksichtigung der Besonderheiten des Einzelfalls über die Pauschale hinaus muss gesichert sein.

- *Aktivierende Instrumente und Leistungen der Sozialhilfe verbessern* („fördern und fordern“) – Zur zielgerechten Überwindung von Sozialhilfebedürftigkeit sind die aktivierenden Instrumente



sentlichen in dem Versuch besteht, die Konflikte zu moderieren, indem sie die Wettbewerbsposition der BRD zu Lasten anderer Gesellschaften verbessert.

*Gerade wer mit diesen eminent praktischen Fragen von Sozial- und Tarifpolitik konfrontiert ist, wird immer mehr feststellen, wie sehr neben der Kritik des neoliberalen Ansatzes eine eigene, gesellschaftlich tragende Begründung der sozial- und lohnpolitische Vorstellungen fehlt.*

und Leistungen der Sozialhilfe zu verbessern. Hierzu sind die rechtlichen Rahmenbedingungen für personenbezogene Dienstleistung weiter zu entwickeln, deren zentrale Elemente eine „Förderkette“ (Beratung, Assessment, Hilfeplanung, Case-Management), der Zugang zur Beschäftigung und zur Qualifikation, eine Ko-Produktion der Beteiligten und die Partizipation der Betroffenen sind, sowie für eine erfolgsorientierte Steuerung und Vernetzung der erforderlichen Infrastruktur zu sorgen. Der Stellenwert der Förderung der Hilfe zur Selbsthilfe ist zu erhöhen. Gleichzeitig begleiten Element des „Förderns“ im Sinne von Stärkung des Selbstvertrauens, von Auffordern und Hinführen, bei strikter Verweigerung allerdings auch von finanziellen Sanktionen, das gesamte Verfahren. Dafür haben angemessene Arbeitsplätze und Hilfen zur Überwindung von persönlichen Notlagen in ausreichendem Umfang zur Verfügung zu stehen.

- *Integration in den Arbeitsmarkt verbessern* – Für eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt sind die Modellvorhaben aus dem Projekt „MoZaRT“ zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Arbeitsämtern und Trägern der Sozialhilfe auszuwerten, die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen und entsprechende gesetzliche Regelungen zu treffen. Für den individuellen Hilfeempfänger muss gelten: Anzustreben sind Leistungen zur besseren Integration in Arbeit aus einer Hand.

- *Länder und Kommunen bei der Verwaltungsmodernisierung wirksam unterstützen* – Es sind die rechtlichen Rahmenbedingungen z.B. durch eine qualitative Verbesserung der Datengrundlage für eine zielgenaue Planung und Steuerung auf kommunaler Ebene zu schaffen, die Vergleiche und Evaluation zulassen und auf Bundes- und Landesebene Grundlage für Entscheidungen in Politik und Gesetzgebung sein können. (...)

- *Das Sozialhilferecht als Buch des Sozialgesetzbuches neu kodifizieren und aktuelle Einzelpunkte neu regeln* – Die überfällige Einordnung des Bundessozialhilfegesetzes als (Dreizehntes) Buch Sozialgesetzbuch ist umzusetzen. Gleichzeitig sind aktuelle Einzelpunkte neu zu regeln.

*Berlin, den TT.MM.JJ, Dr. Peter Struck und die Fraktion, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion*

Quelle: [www.tacheles.wtal.de/](http://www.tacheles.wtal.de/) gekürzt

## Sozialpolitik – Opposition im Aufbau

Eindrücke von der Veranstaltung „Der Weg in die Armut“ über die geplante Abschaffung von Arbeitslosenhilfe am 6. November

Mit der Unterstützung der Erwerbslosengruppe ver.di Kiel-Plön luden die Arbeitsloseninitiative Kiel e.V., die Armutsinitiative TUWAS Flensburg und ELIA Neumünster am 6.11.2001 zu der Veranstaltung „Der Weg in die Armut“ in die Pumpe in Kiel ein und über 50 Menschen kamen.

Die Veranstaltung verfolgte im Rahmen einer bundesweiten Kampagne zunächst den Zweck, über die einschneidenden Eingriffe, so auch über die geplante Streichung der Arbeitslosenhilfe und die Folgen zu informieren, die dem Wohlfahrtsstaat in Deutschland und Europa bevorstehen, da übergreifende Diskussionen, aber auch Thematisierungen von Einzelfragen in der Öffentlichkeit in erstaunlich geringem Maß stattfinden. Die lautlose Durchsetzung des Job-Aktiv-Konzepts, ist dafür nur ein Beispiel. Die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe soll nun in Kürze, selbstverständlich erst nach der Bundestagswahl, verabschiedet und bereits 2004 ebenso lautlos eingeführt werden. Zudem scheint es über den Weg, den der Sozialstaat gehen soll, einen ungeschriebenen parteiübergreifenden Konsens zu geben, da eine Opposition im Wortsinne nicht in Sicht ist. Darum war ebenfalls Ziel der Veranstaltung, in Arbeitsgruppen und Informationsnetzen den Grundstein für eine Basisopposition in Schleswig-Holstein zu legen.

Wolfram Otto von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen (BAG-SHI) informierte zunächst in einem ausführlichen Referat über Ausmaß und Einzelheiten der Veränderungen. Die anstehende Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und deren weitreichende Folgen für Löhne, Rentenansprüche und Familien, die Ausweitung von Leiharbeit auf Niedriglohnniveau, die Aushebelung des Bedarfsdeckungsprinzips in der Sozialhilfe und Ausweitung der Zwangsarbeit seien hier nur als Eckpunkte einer gewollten Neuverortung des Sozialstaats auf Minimalniveau genannt, die Armut auf allen gesellschaftlichen Ebenen in neuer Qualität institutionalisieren will.

Das Konzept bedeutet, dass ab dem Jahr 2004 bei Arbeitslosmeldung ein Arbeitslosengeld für etwa ein Jahr geleistet wird. Sind die betroffenen Arbeitslosen danach weiterhin arbeitslos, werden sie nicht mehr wie derzeit Arbeitslosenhilfe beziehen, sondern ab sofort Sozialhilfeempfänger sein. Verschärft sollen Sozialhilfeempfänger zu allgemeinen Arbeitsprojekten herangezogen werden, auch gemeinnützige und nicht mehr zusätzliche Jobs, mit einer Aufwandsentschädigung von zwei DM werden angesteuert. Wer hier nicht mitmacht, dem drohen vermutlich, auch hier wird schon laut darüber nachgedacht, die Einweisung in sogenannte Zwangsunterkünfte. – Hier sei

die Frage gestellt, hatten wir das nicht schon einmal in Deutschland? Die politischen Vorhaben finden derzeit breite Zustimmung bei der derzeitigen Regierung, der FDP als auch der CDU/CSU.

In der anschließenden Diskussion wurde zunächst versucht, Nachfragen zu diesem großen und unüberschaubaren Themenkomplex zu klären. Ausgehend von vielen Einzelfällen wurden dann weitere Aspekte der Problematik erörtert. Um Gespräche und eine Opposition aufzubauen und weiterzuführen, erklärte sich nach der Veranstaltung rund die Hälfte der TeilnehmerInnen aus ganz Schleswig-Holstein an weiterer Information und Beteiligung interessiert. Es bliebe zu wünschen, dass ein hinreichend großer Protest aus der gesamten Bevölkerung gegen diese geplanten Einsparungen erfolgt.

Zunehmend haben Politik und Wirtschaft uns Bürger in die Fachidiotie geführt (und wir haben uns dahin führen lassen). Sie brachte spezielle Fähigkeiten in spezielle Richtungen für spezialisierte Arbeitnehmer. Wer soll da noch den Überblick behalten – brauchen wir doch nicht, funktionieren wir gut. Leiten wird uns schon immer wer. Fragen wir nach dem Wohin? Wie oft lassen wir uns doch gut führen und leiten. Dieses ist wichtig für viele Menschen, da sie es nicht allein schaffen können, doch geschieht es meiner Meinung nach zunehmend weniger in Würde. Aber es lassen sich gebildete Bürger oft genug genauso gut lenken. Lassen wir alle uns nicht zunehmend einlullen von den Sicherheitsaspekten, von der Werbewirksamkeit, von Seifenoperen aus dem Fernsehen? Heisst doch das nun angelaufene eine Projekt verschiedener Sozialämter nicht gar MoZaRT?

Als Bonbon für Erwerbslose wolle sich die Bundesanstalt vermehrt um Erwerbslosen bemühen. Fraglich ist hier allerdings, ob sich Sozialämter und Arbeitsämter vermehrt um die Überwachung und Unterbringung in allgemeine Arbeitsmaßnahmen zu kümmern haben werden, oder ob tatsächlich neue Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt geschaffen werden.

Ebenfalls ist sehr fraglich, wie mit vorhandenen persönlichen Daten von Erwerbslosen umgegangen wird, denn es wird zu einem erweiterten Datenaustausch kommen; nicht nur bei der inneren Sicherheit. Eine Sozialhilfedatenabgleichsverordnung ist lange in Vorbereitung. Eine digitale Akte wird erprobt. Auch die Finanzämter werden in den Datenabgleich mit einbezogen, um den Staat vor Missbrauch zu schützen.

Aber wer schützt den Bürger vor diesem Staat?

(u.l., LinX, Sozialistische Zeitung für Kiel, Nr. 24/2001)

## Den Krieg sofort beenden!

FRANKFURT A.M. Die Stadtverordneten und Ortsbeiräte der PDS haben verschiedene Anträge und Anfragen in die Kommunalparlamente eingebracht, die sich gegen den Krieg der USA und ihrer Verbündeten in Afghanistan richten und sich mit den Auswirkungen dieser Aggression im Rhein-Main-Gebiet befassen. So fordert Heiner Halberstadt die Stadtverordneten auf, einen Appell an den Bundestag, die Bundesregierung und die Parteien zu richten, „alles zu tun, um den Krieg zu beenden“. Weitere Anträge haben die militärische Nutzung des Rhein-Main-Flughafens und die Gefährdung durch Atom-Anlagen im Rhein-Main-Gebiet zum Gegenstand (Überflugverbot! Stilllegung des Atomkraftwerks Biblis!). Außerdem wird das Kommunalparlament aufgefordert, eine finanzielle Unterstützung zum Schutz der afghanischen Flüchtlinge vor Ort zu beschließen. Des Weiteren gibt es Anträge, die Konzepte einfordern, wie der Schaffung von Feindbildern (Anti-Islamismus) entgegengewirkt werden könnte. Die Anträge stehen auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 13. Dezember. *frankf. info 24*

## Protest gegen Personalabbau:

STUTTGART. Die ver.di-Bezirksverwaltung Stuttgart kritisiert heftig den Antrag der Gemeinderatsfraktionen von CDU, FDP, Freien Wählern vom 8.11.01 und lehnt den geforderten Stellenabbau als völlig realitätsfremd ab: „Die CDU, FDP und Freien Wähler nehmen offensichtlich nicht zur Kenntnis, dass aus den Ämtern und Eigenbetrieben über 600 neue Stellen beantragt wurden. Das ist eine Reaktion auf die zunehmende Arbeitsbelastung und chronischen Personalmangel.“ Für die anstehenden Haushaltsberatungen stellt ver.di Forderungen auf: 1. Rücknahme des 100 Mio. DM Einsparungsbeschlusses zur Verwaltungsreform. 2. Schaffung aller Stellen, die von Amtsleitern in ihren Anträgen begründet wurden. 3. Transparentes Verfahren von Personalbedarfsberechnungen für alle Bereiche. 4. Freiwerdende Stellen müssen sofort und unbefristet besetzt werden. 5. Ballungsraum/Fahrtkostenzulage von 200 DM monatlich.

*Kommunale Berichte Stuttgart 24*

## Der Wohnungslosigkeit vorbeugen:

MÜNCHEN. In einem gemeinsamen Antrag fordern SPD- und Grünen-rosa Liste-Fraktion die Münchner Stadtverwaltung auf, die gegenwärtigen Strukturen zu vernetzen und so die Voraussetzung für eine effiziente Einzelfallhilfe und rasche Eingriffsmöglichkeiten zu schaffen. „Um Wohnungslosigkeit gar nicht erst entstehen zu lassen, muss der Erhalt der Wohnung vorrangiges sozialpolitisches Ziel sein. Die Übernahme von

Mietrückständen oder Gewährleistungsverträgen erhält den Betroffenen ihre vertraute Wohnung. Diese Lösung ist nicht nur humaner als der Wohnungsverlust, sondern auch zudem finanziell günstiger als die mit der Kündigung verbundene Unterbringung in Übergangswohnformen und die erforderlichen Re-Integrationsmaßnahmen. Nötig ist ein rasches Eingreifen der Fachstellen bei den städtischen und nichtstädtischen Gesellschaften und Vermietern. Dazu müssen die vorhandenen Dienste und Leistungen bekannt gemacht werden.“

*Münchner Lokalberichte 24*

## Kommission zur Reform des kommunalen Finanzsystems:

BERLIN. Der Bundesminister der Finanzen will noch in dieser Legislaturperiode – spätestens im Frühjahr des kommenden Jahres – eine Kommission einsetzen, die sich mit den grundsätzlichen Problemen des kommunalen Finanzsystems befasst. Ziel der Kommission soll sein, bis zur Mitte der nächsten Legislaturperiode zu den dringendsten Fragen konkrete Vorschläge für die Gesetzgebung zu erarbeiten, v.a. zur Zukunft der Gewerbesteuer und damit des gesamten kommunalen Steuereinnahmesystems, aber auch zum Ausgabenblock Sozialhilfe und in diesem Zusammenhang insbesondere zu Möglichkeiten der Verzahnung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. *www.bundesfinanzministerium.de*

## wegweiser-buergergesellschaft.de:

BERLIN. Brigitte Zypries, Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, hat im Rahmen der Messe „Moderner Staat 2001“ die Homepage des „Wegweisers Bürgergesellschaft“ freigeschaltet. Der neue Online-Service will umfassend über die Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements informieren. Zwei der 16 Handlungsfelder sind beispielsweise die Bereiche „Kinder und Jugendliche“ sowie „Wohnumfeld und Nachbarschaft“, in denen detaillierte Informationen zu Institutionen wie dem Kinderschutz und Nachbarschaftszentren zu finden sind.

*www.wegweiser-buergergesellschaft.de*

## Kommunale Umweltstiftung:

GÜTERSLOH. Mit bis zu einer Million Mark will die Stadt Gütersloh eine kommunale Umweltstiftung gründen, die lokale Initiativen auf diesem Gebiet fördern und unterstützen soll. Der Umweltausschuss folgte am 12. November 2001 dem Vorschlag der Verwaltung, die Vorbereitungen für die Gründung einer solchen Stiftung zu treffen. Das nötige Kapital erhält sie aus Mitteln, die aus dem Verkauf von Anteilen der Stadtwerke Gütersloh an die Stadtwerke Bielefeld fließen.

*http://www2.guetersloh.de  
Zusammenstellung: baf*

## 8. Gewerkschaftspolitischer Kongress der PDS am 23. und 24. November im Mannheimer Stadthaus – Bericht

# Nichts mehr zu verteilen?

Die Veranstaltung reiht sich ein in das Bemühen der PDS-Bundestagsfraktion, einen Draht hinein in die Gewerkschaften zu bekommen. Noch werde die PDS auch von Seiten der Gewerkschaften ignoriert, obwohl viele Initiativen der Fraktion mit Vorstellungen der Gewerkschaften übereinstimmen, so der Fraktionsvorsitzende

*Dokumentiert*

## Gewerkschaftliche Tarifpolitik

Von Michel Wendel, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Bayern e.V.

### I. Ein tarifpolitischer Rückblick auf 30 Jahre

Wenn die Tarifpolitik aus einer makroökonomischen, d.h. gesamtwirtschaftlichen Sicht bilanziert wird, geht es um zwei zentrale volkswirtschaftliche Kategorien: Einmal die Lohnquote, d. h. die Verteilung der Einkommen zwischen Kapital und Arbeit, zum zweiten um Lohnstückkosten, d. h. das Verhältnis der Arbeitskosten zur Arbeitsproduktivität. Wenn der Anstieg der (nominalen) Arbeitskosten den Anstieg der (nominalen) Arbeitsproduktivität übersteigt, so steigt die Lohnquote. In der Wirtschaftsgeschichte der BRD steigt die Lohnquote bis 1975, fällt danach etwas ab, und steigt noch einmal 1979–81, um danach bis 1990/91 wieder zu fallen. Diese Lohnquote ist unbereinigt, d. h. in ihrer Entwicklung drückt sich auch der relative Anstieg der unselbständigen Arbeit gegenüber der selbständigen Arbeit aus. Um diese Größenänderung auszuschalten, wird die Größe der „bereinigten“ Lohnquote verwendet. In ihr drückt sich der Verteilungsprozess von Kapital- und Arbeitseinkommen einigermaßen unverzerrt aus. Wenn die bereinigte Lohnquote zum Maßstab genommen wird, so entwickelt sich diese bis 1982 relativ konstant – von konjunkturellen Schwankungen abgesehen – fällt aber nach 1982 kontinuierlich. Sie steigt kurzfristig zwischen 1990 und 1992 auf den Stand von 1972, um danach auf den Stand von 1960 zurückzufallen. Der Anstieg der Lohn-



Roland Claus. Auch von der Basis wurde bestätigt, dass insbesondere ver.di auf den Namen PDS erst einmal mit Desinteresse reagiert. Die auf dem Kongress vertretene Gewerkschaftslinker war sich aber einig, dass Verteilungsgerechtigkeit, als bestimmendes Thema des neuen Jahrhunderts, nur in Zusammenarbeit auch mit der PDS erreicht werden kann.

Erstmals teilte sich das Auditorium in vier Foren, die das Kongress-Thema „Nichts mehr zu verteilen?“ unter den Aspekten Tarifpolitik, Aktionärsgesellschaft, Sozialstaat und Öffentliche Daseinsvorsorge vertieften. Aus den Ergebnissen der Foren, die unter Zuhilfenahme moderner Technik vorgestellt wurden, dem Applaus bei den Podiumsdiskussionen und Vorträgen (der Vortrag von Michael Wendl, stellvertretender Vorsitzender des ver.di-Landesverband Bayern, zu Thema „Tarifpolitische Probleme und

Perspektiven im Shareholder-Kapitalismus“ wird im Anschluss dokumentiert), und aus Redebeiträgen aus dem Auditorium lassen sich folgende Punkte als Konsens festhalten:

- Die Gewerkschaften müssen zu fundierter Bildungsarbeit zurückkehren und den „Kampf um die Köpfe“ aufnehmen. Vorrangig muss Ökonomie-Wissen verbreitet werden, um dem neoliberalen Konsens in den Medien entgegen zu wirken. (Als Schritt in diese Richtung sei die Kampagne von ver.di in NRW zum Thema Privatisierung erwähnt. Informationen zur Kampagne „Stop dem Ausverkauf. Sozialstaat muss sein!“ sind bei ver.di in NRW, Willi-Becker-Allee 10, 40227 Düsseldorf in Form zweier Broschüren zu bekommen.)
- Die Gewerkschaften müssen lernen,

nicht nur über Betriebs-, sondern auch nationale Grenzen hinaus zu denken. Gewerkschaftliche Arbeit heute sei vor allem Besitzstandswahrung. Begrüßt wurde in diesem Zusammenhang der Beitritt von ver.di zu attac ([www.attac-netzwerk.de](http://www.attac-netzwerk.de)).

- Das Bündnis für Arbeit ist zu verlassen. Oder die Arbeitgeberverbände sind durch richtige Forderungen zum Auszug zu zwingen.

Erwähnt werden sollen noch die „Gemeinwohlorientierten Arbeitsförderprojekte“ (GAP), die Axel Troost vom Progress-Institut für Wirtschaftsforschung vorstellte. In Mecklenburg-Vorpommern werden sie, als Modell eines Öffentlichen Beschäftigungssektors, zum ersten Mal in die Tat umgesetzt.

Sabine Fastner

Weitere Informationen unter [www.piw.de](http://www.piw.de) im Internet.

quote 1979-81 ist primär auf den Anstieg des Anteils der unselbständig Beschäftigten an allen Erwerbstätigen zurückzuführen. (Glastetter u. a. 1983, S. 22), in ihm drückt sich keine Verbesserung der Verteilungsposition der abhängig Beschäftigten aus. In den achtziger Jahren danach signalisiert die Entwicklung der Lohnquote eine „massive Verschlechterung der Verteilungsposition der Arbeitnehmer“ (Glastetter u. a., 1991, S. 105). Dieser negative Trend wird noch deutlicher, wenn statt der Bruttolohnquote die Nettolohnquote als Maßstab genommen wird. Diese negative verteilungspolitische Bilanz wird allerdings durch den Mitte der 80er Jahre mittels harter Arbeitskämpfe durchgesetzten Einstieg in die 35-Stunden-Woche etwas aufgeheitert.

Wenn für diese Zeit das Verhältnis von Arbeitskosten und Arbeitsproduktivität, also die Lohnstückkosten betrachtet werden, so fällt auf, dass lediglich Anfang der 70er Jahre der Anstieg der Arbeitskosten über der Entwicklung der Produktivität liegt. Trotzdem wird auch von keynesianischen Ökonomen eine zu expansive Lohnpolitik für das Scheitern der damaligen fiskalpolitischen Nachfrageorientierung verantwortlich gemacht. (Oberhauser 1996, S. 232)

1991 bis 1993 wird die polit-ökonomische Situation durch die Integration der früheren DDR kompliziert. Für Westdeutschland liegen die nominalen Lohnsteigerungen im Rahmen des Produktivitätszuwachses, für das gesamte Deutschland liegen sie darüber. Dann zeigt sich der anfangs noch rasch voranschreitende Angleichsprozess der Löhne, der sich nach 1993 allerdings deutlich verlangsamt hat. Davon abgesehen, sind die 90er Jahre insgesamt gekennzeichnet durch eine weitere massive Verschlechterung der Verteilungsposition der abhängig Beschäftigten. Lediglich 1995 und 1999



kann der Produktivitätszuwachs lohnpolitisch voll ausgeschöpft werden. Zwei politische Entscheidungen müssen notiert werden. 1995 findet innergewerkschaftlich der tarifpolitische Paradigmenwechsel zu einer angebotsorientierten Tarifpolitik statt. Im November 1995 macht K. Zwickel auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall den Arbeitgebern das Angebot der Lohnzurückhaltung bzw. der Lohnbegrenzung auf die Inflationsrate. Damit wird der reale Produktivitätszuwachs den Unternehmern geschenkt, in der völlig unbegründeten Hoffnung, dadurch würden beschäftigungswirksame Investitionen getätigt. Diese Initiative war publizistisch ein Erfolg, verteilungspolitisch eine klare Niederlage und beschäftigungspolitisch ergebnislos. Die Arbeitslosigkeit blieb trotz einer ausgezeichneten Wettbewerbsposition und steigenden Außenhandelsüberschüssen auf hohem Niveau. Nach der Bundestagswahl 1998 kam es zu einer erfolgreichen Tarifrunde 1999 – die aber weniger den Gewerkschaften, als

dem kurzzeitig erfolgreichen Duo Lafontaine/Flassbeck zu verdanken war. Im Januar 2000 folgte mit der Vereinbarung einer „beschäftigungsorientierten“ Lohnpolitik mit Tarifverträgen mit zwei- bis dreijähriger Dauer die Wiederholung des tarifpolitischen Paradigmenwechsels von 1995. Das ist weniger als Folge tarifpolitischer „Dummheit“ oder makroökonomischer Unkenntnis zu erklären – auch das spielt eine Rolle – sondern zeigt in erster Linie die politische Subalternität der führenden Gewerkschaften gegenüber der modernen Sozialdemokratie. Diese Vereinbarung vom Januar 2000 und ihre genaue Umsetzung für die Jahre 2000, 2001 (für den öffentlichen Dienst auch noch 2002) markieren die tarifpolitische „Bankrotterklärung“ der deutschen Gewerkschaften. Damit ist die Tarifautonomie auch förmlich den

Gesprächen mit dem Kanzler geopfert worden. Eine Wende in dieser Entscheidung ist gegenwärtig nicht zu sehen. Die Äußerungen von Zwickel über eine differenzierte, d. h. stärker am Unternehmensergebnis orientierte Tarifpolitik der IG Metall signalisieren eher die Fortsetzung des falschen Kurses der jüngeren Tarifgeschichte.

## II. Lohntheorie und Lohnpolitik

Die politischen Schwenks, vornehmer gesagt der Paradigmenwechsel in der Tarifpolitik von einer produktivitätsorientierten zu einer angebotsorientierten Tarifpolitik sind auch dadurch zu erklären, dass es seit einer Reihe von Jahren keine Theorie der gewerkschaftlichen Lohnpolitik mehr gibt. Eine sehr grundsätzliche Frage: Was ist Lohn? Ist es der Preis für die geleistete Arbeit oder der Preis für die zur Verfügung gestellte Arbeitskraft? An der Beantwortung dieser Frage scheiden sich die verschiedenen tarifpolitischen Konzeptionen, die in den kapitalisti-

schen Gesellschaften diskutiert und praktiziert werden. Aus der Sicht der herrschenden Lehre in der Volkswirtschaftslehre, also aus neoklassischer Sicht ist der Lohn der Preis des Produktionsfaktors Arbeit, mit dem Lohn wird damit auch der Beitrag des Faktors Arbeits zur gesamten Wertschöpfung abgegolten. Die Frage danach, ob die Arbeitskraft einen höheren Beitrag zur Wertschöpfung leistet, als mit dem Lohn bezahlt wird, stellt sich in dieser Sicht nicht. Die Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden erhalten mit Lohn, Zins und Rente ihren entsprechenden Anteil an der Wertschöpfung. Wenn der Lohn aber höher ist, als die Grenzproduktivität der Arbeit, wird diese Arbeit von den anderen Produktionsfaktoren nicht mehr nachgefragt und es entsteht Arbeitslosigkeit. Arbeitslosigkeit gilt in der neoklassischen Sicht als Zeichen dafür, dass der reale Lohn höher ist als der „markträumende“ oder „Gleichgewichtslohn“. Aus dieser Sicht muss daher auf Arbeitslosigkeit stets mit Lohnsenkung reagiert werden – wenn auch je nach politischer Radikalität in unterschiedlichen Varianten. Das reicht von der Abschaffung der Gewerkschaften, die als marktwidriges Lohnkartell verstanden werden bis zu ihrer erfolgreichen politischen Einbindung und tarifpolitischen Disziplinierung, wie das aktuell mit dem Konzept des Wettbewerbskorporatismus in Deutschland geschieht.

Neben diesem neoklassischen Modell kennen wir noch das keynesianische Paradigma: Es zeichnet sich gegenüber dem neoklassischen Dogma dadurch aus, dass es nicht mikroökonomisch, sondern makroökonomisch begründet ist. Der Lohn wird nicht nur als Preis des Faktors Arbeit, sondern zugleich als Nachfragefaktor, als wichtige Größe der konsumtiven Nachfrage verstanden.

Aus dieser Einsicht resultieren zwei Konsequenzen:

Einmal die Konzeption der „produktivitätsorientierten Tarifpolitik“: Kapital und Arbeit teilen sich das Produktivitätswachstum entsprechend ihren Anteilen an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung. Die Umsetzung dieser Sicht führt zu einer in Ergebnis kostenneutralen und verteilungsneutralen Entwicklung der Einkommen aus Kapital und Arbeit, m. a. W. zu einer konstanten Lohnquote.

Die zweite Einsicht besteht in der Funktion der Lohnpolitik als eines nominalen Geldlohnankers in einer ansonsten labilen kapitalistischen Geldwirtschaft. Wenn in einer konjunkturellen Schwächeperiode die Löhne gesenkt werden, führt das zum Sinken der konsumtiven Nachfrage, zum Sinken des Preisniveaus d.h. zu einer Deflation. Die tarifvertraglich fixierte Starrheit der Geldlöhne verhindert so, das Entstehen einer rezessiven Spirale, wie wir sie aus der Weltwirtschaftskrise 1929–31 kennen. Ein genauer Blick zeigt, dass diese

Starrheit der Geldlöhne nicht so stabil ist, wie sie sein sollte: Tariffucht und dadurch erzwungene Verschiebungen im Verhältnis von Arbeitsleistung und Lohn führen faktisch zu Lohnsenkungen. Das dadurch vergrößerte Missverhältnis von steigendem Angebot an Gütern und Dienstleistungen einerseits und relativ abnehmender konsumtiver Nachfrage verstärkt die konjunkturelle Abwärtsbewegung. Aus dieser Sicht der Wirtschaftskrise als Nachfrage- oder Unterkonsumtionskrise begründet sich die früher in den Gewerkschaften noch häufig vertretene „Kaufkrafttheorie“ des Lohnes, ein Argument, das von der Unternehmerseite und der ihr nahestehenden neoklassischen Lehre heftig angegriffen wird. Dieser klare Gegensatz zur herrschenden Lehre und zu den Unternehmensinteressen macht die Kaufkrafttheorie des Lohnes für linke Gewerkschafter besonders plausibel. In der keynesianischen Theorie selbst finden wir keine Argumente für diese Sicht. Keynes hält es für wichtig, dass die Geldlöhne nicht sinken, die Aufgabe der Stabilisierung der Konjunktur und der Ausweitung der Beschäftigung weist er der staatlichen Finanzpolitik und der Geldpolitik der Zentralbank zu.

Die Erklärung der Wirtschaftskrise wegen Unterkonsumtion und die darauf folgende Kaufkrafttheorie des Lohnes kommt nicht aus dem keynesianischen Paradigma, sondern aus den Wirtschaftstheorien der Arbeiterbewegung. Sie stammt auch aus dem theoretischen Rüstzeug marxistischer Wirtschaftstheorie, aber nicht aus der Marxschen Theorie. Marx selbst hat die Kaufkrafttheorie des Lohnes scharf kritisiert. Marx hat aber ebenso scharf die Vorstellung kritisiert, mit dem Arbeitslohn sei die gesamte geleistete Arbeit bezahlt worden. Die Marxsche Theorie demonstriert exakt, wie das Geld- oder Tauschverhältnis von Lohn und Arbeitskraft das Umsonstarbeiten des Lohnarbeiters verschleiert. Alle Beteiligten gehen von einem gleichen Tausch von Lohn und Arbeit aus. „Auf dieser Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und gerade sein Gegenteil zeigt, beruhen alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen, alle apologetischen Fäulnisse der Vulgärökonomie.“ (MEW 23, 562)

Dagegen hat Marx zu zeigen versucht, dass mit dem Lohn die Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft bezahlt werden, während sich der Kapitalist den aus der unentgeltlichen Mehrarbeit des Lohnarbeiters resultierenden Mehrwert aneignet. Er hat damit auch die neoklassische Wirtschaftstheorie, die diesen Vorgang systematisch verschleiert, als „apologetische Vulgärökonomie“ eingeordnet. Es ist kennzeichnend für den reformistischen oder sozialdemokratischen Teil der Arbeiterbewegung, dass aus die-

ser Erkenntnis der Existenz eines Mehrwerts die Sicht der systematischen Konsumtionsbeschränkung der arbeitenden Klasse abgeleitet wurde. Daraus wurde dann – schon in der Weimarer Republik – die Kaufkrafttheorie des Lohnes entwickelt. In Westdeutschland hatte sie eine kurze Blüte in der Konzeption einer „expansiven Lohnpolitik“ durch Viktor Agartz. Damit sollte eine Verkürzung der Mehrwertrate und eine soziale Steuerung kapitalistischer Investitionen versucht werden. Aus der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie lässt sich eine solche „expansive Lohnpolitik“ nicht ableiten. Marx hielt den Lohnkampf im Rahmen der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit zwar für wichtig (und eignet sich überhaupt nicht als Kronzeug für eine zurückhaltende Tarifpolitik), sah in einer expansiven Lohnpolitik aber nicht den Weg aus der Krise. Für ihn geht es hier um die Verteidigung eines historisch erreichten Werts der Ware Arbeitskraft, aber nicht um eine Variante alternativer oder reformistischer Wirtschaftspolitik. Ob die Marxsche Fassung des Werts der Ware Arbeitskraft für den modernen Kapitalismus noch angemessen ist, steht auf einem anderen Blatt. Zu seiner Zeit war sie richtig.

### III. Tarifpolitik im Shareholder-Kapitalismus

Wie gezeigt, war die Tarifpolitik der Gewerkschaften verteilungspolitisch erfolgreich bis Mitte der 70er Jahre und sie konnte sich noch einmal Mitte der 80er Jahre revitalisieren – durch den Kampf um Arbeitszeitverkürzung. Die danach offenkundige Handlungsschwäche der Gewerkschaften hat zum vermutlich geringeren Teil mit der subjektiven Beschränktheit der Führungsgruppen der Gewerkschaften zu tun. Das spielt zwar eine wichtige Rolle und muss thematisiert werden, aber zum größeren Teil resultiert die Handlungsschwäche der Gewerkschaften aus dem veränderten Charakter des modernen Kapitalismus nach 1975. Sicher markieren auch die Jahre 1989/90 eine wichtige politische und ökonomische Zäsur innerhalb der kapitalistischen Entwicklung, aber wichtige Weichenstellungen erfolgen schon in der ersten Hälfte der 70er Jahre.

In den 70er Jahren kommt es zu einer spürbaren Verlangsamung der Zuwachsraten der Wertschöpfung und zu einem Fall der gesamtwirtschaftlichen Rendite oder Profitrate. Dieser Fall ist langfristig und kann weder mit der Lohnpolitik der frühen 70er Jahre noch mit der gleichzeitigen Erdölpreissteigerung erklärt werden. Die politischen Institutionen reagieren auf dieses Ende einer „beschleunigten Kapitalakkumulation“ einmal mit der Deregulierung des Weltwirtschaftssystems und der Liberalisierung des Güter- und Kapitalverkehrs. In dieser Abkehr von einer politisch stärker regulierten Weltwirtschaft zeigt sich schon



der danach einsetzende Siegeszug des neoliberalen Denkens und der neoliberalen Politik. Die 80er Jahre sind dann weltweit durch die Dominanz neoliberaler Politik gekennzeichnet. Das führt nicht zu einer Beschleunigung des kapitalistischen Akkumulationsprozesses, sondern eher in eine Phase realwirtschaftlicher Stagnation bei gleichzeitig deutlich steigender, „überbordender“ Finanzkapitalakkumulation. Linke Ökonomen haben deshalb vom Casinokapitalismus gesprochen. Innerhalb der kapitalistischen Unternehmen kam es zu einer weitreichenden Neuorganisation und Verschlan-  
kung der Arbeitsprozesse, darüber vermittelt zu steigenden Abbau der Beschäftigung und zu einer nachhaltigen Schwächung der Gewerkschaften. Die Tendenzen, die wir heute mit dem Begriff des „shareholder“-Kapitalismus kennzeichnen, lassen sich auch als eine realwirtschaftliche Reaktion auf das vorhergehende Missverhältnis zwischen den hohen Zinsraten der Finanzkapitalakkumulation und den niedrigen Renditen realwirtschaftlicher Kapitalanlage erklären. Mit allen verfügbaren unternehmerischen Mitteln und entsprechendem Druck auf die politischen Institutionen wurde versucht, die Unternehmensrenditen zu erhöhen und dauerhaft auf einem Niveau über den langfristigen Marktzin-  
sen zu etablieren.

Dabei ist es in Deutschland, aber auch in anderen westeuropäischen Gesellschaften gelungen, die Gewerkschaften in nationale Bündnisse für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit einzubinden und zu einer zurückhaltenden Tarifpolitik zu verpflichten. Gesamtwirtschaftlich hat das zu einer Vergrößerung oder Zuspitzung des Ungleichgewichts von Produktion und Konsumtion geführt, zu einer verschärften Polarisierung in den Einkommensverhältnissen, zu einem stärkeren Gegensatz von Reichtum und Armut. Zugleich hat sich ein großer werdender Teil der Arbeitslosigkeit verfestigt, es ist zu einer faktischen Ausgrenzung eines Teils der Arbeitsbevölkerung aus dem Arbeitsleben gekommen. Die Politik der Wochenarbeitszeitverkürzung ist seit mehr als 10 Jahren faktisch abgebrochen worden und in ihrem beschäftigungspolitischen Wirkungen durch eine zunehmende Flexibilisierung der Arbeitszeit konterkariert worden. Der Übergang in die Lebensarbeitszeitverkürzung als alternative Strategie der Verknappung der Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt hat sich durch die zunehmende Krise der Rentenfinanzen selbst begrenzt und ist daher weitgehend ausgeschöpft. Ein Weitermachen im schlechten Pragmatismus wie bisher ist daher auf Schranken gestoßen. Die deutschen Gewerkschaften stehen daher vor weiteren Zumutungen: Einmal wird ihnen in der Folge des Umbaus des Alterssicherungssystems die tarifvertragliche Gestaltung einer kapitalgedeckten Zusatzrente zugesprochen, eine Initiative die auf die Fort-

setzung einer Lohnpolitik niedriger Zuwächse zielt. Die kurzen gewerkschaftlichen Hoffnungen auf eine Strategie der Aktienbeteiligung anstelle einer aktiven Lohnpolitik sind einerseits durch das Platzen der spekulativen Blase auf den Aktienmärkten gegenstandslos geworden, andererseits sind sie in Richtung kapitalgedeckter Alterssicherung kanalisiert worden.

#### IV. Perspektiven

Wenn wir heute kurz vor der Tarifrunde 2002 die polit-ökonomische Ausgangslage bilanzieren, müssen wir davon ausgehen, dass im zweiten Halbjahr 2001 eine konjunkturelle Rezession begonnen hat, die aber bereits im Herbst 2000 zu erkennen war. Rezession heißt auch, dass es zu einem deutlichen Einbruch bei den Gewinnen kommt und durch steigende Arbeitslosigkeit der lohnpolitische Druck auf die Gewerkschaften verschärft wird. Die gelegentlich anzutreffende Utopie einer anstehenden tarifpolitischen Umverteilung zugunsten der Löhne ist daher illusionär. Es wäre ein beachtlicher tarifpolitischer Erfolg, wenn über den Ausgleich der Inflationsrate von rund 2% noch eine Erhöhung des Reallohns durchgesetzt werden könnte. Wichtig ist in dieser Tarifrunde das politische Signal. Es darf keine tarifpolitische Empfehlung im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit bzw. bei anderen Kanzlergesprächen geben. Eine solche von der Politik unabhängige Tarifpolitik können die Gewerkschaften aber nur formulieren, wenn sie sich von den durch die neoliberale Religion des Alltagslebens doktrinierten Anschauungen befreien und zu einer makroökonomischen Sicht zurückkommen. Die Bundesregierung praktiziert keine authentisch neoliberale Politik. Sie setzt die Hegemonie des neoliberalen Dogmas für eine Politik des Wettbewerbskorporatismus um zusammen mit den Gewerkschaften eine verbesserte Wettbewerbsposition zulasten anderer Nationen durchzusetzen. Die darin eingebundenen Gewerkschaften müssen durch das faktische Scheitern dieser Politik auf ein anderes Verständnis von Tarif- und Wirtschaftspolitik orientiert werden. Das wird die Auseinandersetzung der nächsten Monate bestimmen. Darüber hinaus muss es den Gewerkschaften gelingen, das Projekt der Verkürzung der Wochenarbeitszeit wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Mit mehr als diesen beiden Aufgaben sollte die Tarifpolitik nicht gefordert werden. Im Shareholder-Kapitalismus sind ihre Handlungsspielräume relativ eng geworden, da sowohl die Finanzpolitik wie die Geldpolitik gegen Beschäftigung gerichtet sind. Wir müssen dem in diese Situation kleiner gewordenen Verteilungsspielraum daher konsequent ausnutzen.

Der einleitende Bericht und die Dokumentation erscheint im Titel, Informationsforum der PDS Bayern, Nr. 28

#### DIHK: mehr Kinderbetreuungsmöglichkeiten statt Teilzeitgesetz. – HB, Dienstag, 27.11.01. –

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag rechnet auf Grund einer Umfrage bei 2000 Unternehmen hoch, dass wegen des seit Jahresbeginn geltenden Teilzeitgesetzes 250 000 Stellen nicht besetzt würden. DIHK-Hauptgeschäftsführer M. Wansleben forderte bei der Vorlage der Umfrageergebnisse, das neue Teilzeit- und Befristungsgesetz sofort abzuschaffen. Die Neuregelung verunsichere die Wirtschaft und hemme Neueinstellungen. Daher müsse der Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit ersatzlos gestrichen werden und die Einschränkungen, Arbeitsverhältnisse zu befristen, wieder gelockert werden. Damit könne die Bundesregierung ein positives Signal für die Konjunktur setzen. Nach der Umfrage halten sich 12% aller Unternehmen bei der Einstellung von Beschäftigten – insbesondere bei Frauen – zurück, bei denen sie einen späteren Wunsch auf Teilzeitarbeit vermuteten. Der DIHT rechnet mit einer großen Klagewelle, da viele Anträge auf Teilzeitarbeit bereits abgelehnt worden seien. Statt mit Rechtsansprüchen die Unternehmen zu verunsichern, solle die Politik durch mehr Betreuungsmöglichkeiten für Kinder die Voraussetzungen für mehr Teilzeitbeschäftigung verbessern, fordert Wansleben.

#### Wirtschaft macht Druck auf Länder. – HB, Donnerstag, 29.11.01. –

Die großen Wirtschaftsverbände haben an die 16 Bundesländer appelliert, im Bundesrat dem Gesetz zur Fortentwicklung der Unternehmenssteuerreform zuzustimmen. In einem Schreiben an die Länderfinanzminister wandten sich die Vertreter gegen eine Anrufung des Vermittlungsausschusses. Die Länder wollen auf diesem Weg gravierende Änderungen durchsetzen, um geplante Entlastungen der Wirtschaft bei der Gewerbesteuer abzuwenden, da andernfalls die maroden Gemeindefinanzen weiter belastet würden.

#### Stromwirtschaft droht mit Kündigung der Selbstverpflichtung. – HB, Dienstag, 27.11.01. –

Der Vorstandschef der E.ON-Energie AG, H. Harig, warnte vor einer erneuten Diskussion über den ausgehandelten Kompromiss mit der Strom-Wirtschaft über KWK (Kraft-Wärme-Kopplung). Ansonsten fühle sich die Wirtschaft nicht mehr zur Einhaltung der Selbstverpflichtung zum Klimaschutz. Mit der Förderung der KWK-Anlagen will die Bundesregierung den Ausstoß von CO<sub>2</sub> verringern.

Presseauswertung: rst

**Chaos im Parteivorstand:** Der Entwurf für das Bundestagswahlprogramm konnte auf der Sitzung am 1. Dezember nicht auf den Weg gebracht werden. Schon über die Präambel habe es großen Streit gegeben, hört man aus gut unterrichteten Kreisen. Wie es jetzt weiter geht, wird man hoffentlich in den nächsten Tagen vom Vorstand erfahren.

Die Parteivorsitzende Gaby Zimmer gab der Wochenzeitung „Freitag“ ein Interview, in dem sie sich auch zu Fragen von **Regierungsbeteiligungen auf Bundesebene** äußerte:

*Wie hätte sich die PDS in einer vergleichbaren Situation verhalten? Zunächst steht die Frage, ob die PDS je in so eine Situation kommt. Wenn in den Grundfragen der Außen- und Sicherheitspolitik solche Differenzen bestehen, muss sich ein kleiner Partner mit fünf, sechs Prozent grundsätzlich fragen, ob er überhaupt in eine Regierungskoalition gehen kann. Weil: Im Konfliktfall steht er dann entweder draußen oder muss es tolerieren. War das eine Art Lehrbeispiel für alle in der PDS, die an eine Regierungsbeteiligung im Bund denken?*

Die PDS muss jetzt noch genauer abwägen, wie hoch der Preis dafür sein kann. Ich würde nie abstreiten, dass die PDS in der gleichen Gefahr kommen könnte, wie heute die Grünen. Man muss sich über diese Konflikte vorher völlige Klarheit verschaffen. Und natürlich das eigene politische Gewicht vergrößern. *Sie warnen also vor einer solchen Regierungsbeteiligung?*

Zumindest so lange die Positionen der SPD so massiv darauf gerichtet sind, in Konfliktfällen sofort an militärische Mittel zu denken. Das macht die SPD nicht zu einer Kriegspartei. Aber sie hat für sich entschieden, Krieg als Mittel zur Konfliktlösung zu akzeptieren und die Rolle Deutschlands in der Welt auf diese Weise neu zu bestimmen. Und das ist ein Punkt, wo wir zumindest auf der Bundesebene zum jetzigen Zeitpunkt nicht zusammen kommen. Ich wüsste jedenfalls nicht, wie dieser Graben zu überbrücken wäre. Aber wir bauen auch darauf, dass man hinzu lernen und Positionen auch wieder rückgängig machen kann.

Die **AG Rechtsextremismus** tagte in Berlin. Im Bericht von Klaus Böttcher heißt es:

„Es fehlen langfristige gesellschaftliche Konzepte im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Gerade hier haben die „Zuständigen“ ihre Schulaufgaben bisher nicht gemacht. Es scheint sogar, dass man sich von bestimmten Positionen wieder verabschiedet und das vor einem Jahr so medienträchtig inszenierte Thema wieder von der Tagesordnung nimmt

oder hintenanstellt.

Wie eng der Kampf gegen den Rechtsextremismus mit dem Kampf gegen den Terrorismus verbunden ist, wurde zu Beginn der Beratung in einem von Victor Grossmann gehaltenen Vortrag zum Thema „Rechtsextremismus und Antiamerikanismus“ deutlich. Er plädierte sowohl aus historischer als auch heutiger Sicht für eine Unterscheidung zwischen Antiamerikanismus und Anti-USA-Haltung und sprach sich dafür aus, in unserer kritischen Solidarität mit Amerika auch die Auseinandersetzung mit dem Antiamerikanismus der Rechtsextremen einzubeziehen. Neben vermeintlichen populistischen Erwägungen richtet sich der Antiamerikanismus der Rechtsextremen vor allem gegen die demokratischen Traditionen und multiethnischen Erfahrungen in den Vereinigten Staaten sowie gegen den Beitrag der USA zur Zerschlagung des deutschen Faschismus. Er ist eng verbunden mit antisemitischen Zielrichtungen. Schließlich sei darauf hingewiesen, dass rechtsextreme Gewalt durchaus – wie auch in den USA selbst – in den Terrorismus abzugleiten droht.“

Die **PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus** hat einen neuen Vorstand gewählt. Zum Fraktionsvorsitzenden wurde Harald Wolf gewählt. Zu stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden wurden gewählt: Carola Freundl und Marion Seelig. Zum Parlamentarischen Geschäftsführer wurde Uwe Doering gewählt.

**Petra Sitte ist die Spitzenkandidatin der PDS in Sachsen-Anhalt.** Am Wochenende stellte der Landesverband die Landesliste auf. Mathias Gärtner, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Innenpolitiker wurde nur auf Platz 22 aufgestellt. Gärtner hatte sich vor allem in Sachen Antifaschismus sehr engagiert.

Nachdem die **Brandenburger PDS** bei der Kommunalwahl bereits im ersten Wahlgang am 11. November ihre bisherigen Mandate in Neuruppin (Otto Theel) und Schulzendorf (Dr. Herbert Burmeister) souverän verteidigen konnte, baute sie ihre Erfolge bei den Stichwahlen am 2. Dezember weiter aus.

Weitere fünf Brandenburger Städte und Gemeinden, darunter 2 Kreisstädte, werden ab März 2002 von PDS-Bürgermeistern regiert: Königs Wusterhausen (Stefan Ludwig), Prenzlau (Hans-Peter Moser), Elsterwerda (Klaus-Dieter Herrchen), Wildau (Dr. Uwe Malich) und Eichwalde (Dr. Ekkehard Schulz). Damit werden künftig sieben statt bisher zwei hauptamtliche Bürgermeister mit PDS-Mandat in Brandenburg tätig sein.

*Zusammenstellung: jöd*

Von Jan Myrdal

**K**ein Imperium dauert ewig. Seit den Tagen Alexanders des Großen hat das Volk in Afghanistan allen Eroberern zum Trotz überleben können. Vielleicht auch diesmal.

„Afghanistan in meinem Herzen“ heißt eine von Gun Kessle in Leksand eröffnete Ausstellung. Das kann ich auch von mir sagen, denn Afghanistan ist ein Land, in dem ich lange gelebt habe. In meinem Meldeschein steht der Vermerk: „Aus dem Land nach Kabul verzogen“, ein Vermerk, den kaum jemand anderes haben dürfte. Für sein Volk habe ich große Sympathien. Von ganzem Herzen betrachte ich den jetzigen Krieg als ein weiteres, abscheuliches Verbrechen am afghanischen Volk vonseiten derjenigen Großmächte und Imperien, die so oft schon verbrecherisch einmarschiert sind, gebombt, getötet haben und versuchen, durch die Einsetzung genehmer Regierungen das Land zu beherrschen.

### Der Casus belli

Weil in der Vergangenheit alle scheiterten, bin ich guter Hoffnung, dass sie auch diesmal scheitern werden. Aber auch dieses Mal zu einem ungeheuren Preis an Blut und Leben. Was ich jetzt schreibe, sind keine in den Regierungen, Parlamenten, EU-Sitzungen, auf Parteitagungen oder in offiziellen Leitartikelredaktionen willkommenen Argumente. Ich greife Fragen auf, die aus der öffentlichen Debatte herausgehalten, aber hinter verschlossenen Türen in den Korridoren der Macht ebenfalls diskutiert werden.

Die Argumente gelten dem „casus belli“ – sowohl der direkten Kriegsursache als auch den entscheidenden Ursachen im Hintergrund. Casus belli – der Grund, aus dem die Vereinigten Staaten sich veranlasst sahen, den Krieg gegen Afghanistan zu beginnen, soll die Weigerung der damaligen faktischen afghanischen Regierung der Taliban gewesen sein, Osama bin Laden auszuliefern, der von den Vereinigten Staaten als Urheber des Attentats auf das World Trade Center und das Pentagon am 11. September 2001 bezichtigt wird.

Aber dieser Kriegsgrund ist zweifelhaft. Die Regierung in Kabul hat wiederholt geantwortet, wenn die Vereinigten Staaten rechtsgültige Beweise vorlegen, würde der Betreffende ausgeliefert werden, um in einem dritten Land vor Gericht gestellt zu werden. Hierauf hat der Präsident der Vereinigten Staaten nur entgegnet, die Vereinigten Staaten bräuchten keine Beweise vorzulegen, da Osama bin Laden schuldig sei.

Natürlich ist es möglich, dass die damalige Regierung in Kabul die Auslieferung des Osama bin Laden für einen Prozess auch dann verweigert hätte, wenn die USA mit Beweisen gekommen wären. Dies hätte dann als Kriegsgrund zur „Selbstverteidigung“ angesehen werden



# Das „große Spiel“

können. Sowohl der Ministerpräsident als auch der Außenminister Schwedens haben für die Einleitung von Kriegshandlungen der USA und der NATO schwächere Beweise gutgeheißen als sie in Schweden für die Auslieferung eines verdächtigen Kleindiebes verlangt werden. Dies bestätigt meine Auffassung von ihrer intellektuellen Ehre und politischen Moral. Aber warum werden keine Beweise vorgelegt? Es ist ja nicht ganz undenkbar, dass Osama bin Laden für die Taten verantwortlich ist, derer er beschuldigt wird. Als Grund wird angeführt, dass die Beweise aus geheimdienstlichen Gründen geheim bleiben müssen.

Ich glaube, das stimmt – jedoch auf eine andere Weise. Osama bin Laden vertrat im Jahre 1982 den Familienkonzern in Istanbul, als die CIA an ihn herantrat, um mit ihm islamistische Freiwillige für den Kampf gegen die sowjetischen Truppen in Afghanistan zu rekrutieren. Diese Tätigkeit leitete er dann von Peschawar, wo er ausgebildet wurde, und wo er Geld und Waffen sowohl vom Geheimdienst der Vereinigten Staaten, CIA, als auch – in Zusammenarbeit – vom pakistanischen Geheimdienst SIS erhielt. Koordinator war der Chef von Saudi-Arabiens Geheimdienst, Prinz Turki ibn Faycal. Erst 1993 nach dem ersten Attentat auf das World Trade Center und 1994, als Osama bin Laden mit dem Hause Saud in Konflikt geriet und ihm die saudische Staatsbürgerschaft entzogen wurde, begann die CIA ihre Zusammenarbeit zu vermindern. Wie in allen konspirativen Situationen wurden gewisse Verbindungen aber aufrechterhalten.

Hierzu ein Rückblick: In der laufenden Diskussion zum Terrorismus wird selten geschrieben, dass nach aller historischen Erfahrung terroristische Organisationen gerade durch ihren konspirativen Charakter merkwürdig zweideutig werden. Nur ein Beispiel hierfür:

Evno Asef (Ivan Nikolajewitsch), der Führer der sozial-revolutionären Kampfgruppen Anfang des vorigen Jahrhunderts in Russland, war ein Polizeibeamter. Die Ochrana, die zaristische politische Polizei, lehrte die Terroristen die Verwendung von Dynamit und nicht nur von Revolver und Pistole. Auch um Asefs Glaubwürdigkeit innerhalb der Terroristenorganisationen zu sichern – obwohl viele der von ihm Angeworbenen im Gefängnis landeten und getötet wurden – führte die Ochrana die Ermordungen des Gouverneurs in Ufa, Bogdanowitsch, des Innenministers von Plehve und des Großfürsten Sergius aus und plante das Attentat auf den Zaren.

## Was wusste die CIA?

Laut Le Figaro und Radio France Inter-

national (Quellen nicht ohne Glaubwürdigkeit, die sich auf Verbindungen zum DGSE, dem französischen Geheimdienst stützen) währten die CIA-Kontakte noch



**Frauen der linken afghanischen Frauenorganisation RAWA diskutieren mit Einwohnern eines Dorfes über die Zukunft Afghanistans.**



**Waffenstillstand!?**



**„Kollateralschaden“. Eine tote Frau wird aus einem Haus getragen, das von Bomben eines US-Flugzeug getroffen wurde. Noch mehrere Bewohner des Hauses wurden getötet.**



**Konferenz der afghanischen Frauenorganisation RAWA in Pakistan im Frühjahr 2001.**

bis zu diesem Sommer. Am 4. Juli 2001 kam Osama bin Laden von Qetta nach Dubai, zusammen mit einem ägyptischen Arzt, einem algerischen Krankenpfleger

und vier Leibwächtern, um sein schweres Nierenleiden behandeln zu lassen, über das die arabische Presse im Februar 2001 berichtet hatte. Er wurde im amerikanischen Krankenhaus in Dubai bis zum 12. Juli gepflegt und traf während dieser Zeit nicht nur führende Personen des Emirats, sondern auch den CIA-Residenten in Dubai. Radio France International zufolge wurde dieser Larry Mitchell am 15. Juli nach Washington zurückgerufen. Die Frage nach Beweisen für Osama bin Ladens Verantwortung für die Angriffe auf das World Trade Center und das Pentagon ist so mit den Kontakten zwischen den Geheimdienstorganen und dem Terrorismus eng verknüpft. Falls Osama bin Laden verantwortlich ist, stellt sich deshalb unmittelbar die Frage: Welche Kenntnis hatte die CIA vom geplanten Attentat, und wer wurde in Washington darüber informiert?

Um die Reichweite der Frage zu verstehen, sollte an das Vorspiel des Angriffes auf Pearl Harbour am 7. Dezember 1941 gedacht werden. Großbritannien befand sich in einer sehr schwierigen Lage. Churchill meinte, dass nur der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten auf der britischen Seite das Imperium retten könne. Am 25. November 1941 lag auf seinem Schreibtisch die Ausschrift des verschlüsselten Befehls von Admiral Yamamoto an die Flotte, die Operationen für den kommenden Angriff einzuleiten. Damit wusste er, dass japanische Kriegshandlungen geplant waren und Pearl Harbour das wahrscheinliche Angriffsziel um den 8. Dezember war. Er wusste damit auch, dass das Imperium gerettet würde. In den Vereinigten Staaten wurde die Frage intensiv diskutiert, ob Churchill seine Kenntnisse Präsident Roosevelt mitteilte, oder ob er die Entwicklung abgewartet hat. Die Frage ist nicht entschieden. Gewisse Historiker behaupten, Roosevelt hätte Yamamotos Flotte Pearl Harbour angreifen lassen, um die starke isolationistische Stimmung in den USA zu überwinden und die Vereinigten Staaten in den Krieg führen zu können, den er historisch als notwendig ansah. Andere Historiker führen Gründe dafür an, dass Roosevelt gar nichts erfahren hat. Churchill behielt sein Wissen für sich.

Was man in Washington vor dem 11. September wusste oder nicht wusste, wird jahrzehntelang diskutiert werden. Aber das Attentat gab den Vereinigten Staaten die Möglichkeit, eine seit langem notwendige neue Phase des „The Great Game“, des „großen Spiels“ um Innerasien, einzuleiten.

## Russland zurück hinter 1828

Im Jahre 1908 führte das russisch-britische Abkommen über die Einflussgebiete in Asien zur Zeit der russischen

Schwäche nach dem verlorenen Krieg gegen Japan 1904/05 zu einer vorübergehenden Beruhigung. Von 1828 bis 1908 hatten Russland und Großbritannien wechselweise heiße oder kalte Kriege meistens mit Marionetten um die Macht über Innerasien geführt. Diese Macht galt sowohl der Wirtschafts-, der Handels- als auch der Sicherheitspolitik. Russland breitete sich aus und Großbritannien schützte seine südasiatischen Besitzungen, aus denen es große Profite zog. Bei diesem „großen Spiel“ wurde Afghanistan von britischer Soldateska mit zwei verheerenden Kriegen überzogen.

In der Zeit zwischen den Weltkriegen wurde das „Spiel“ unter neuer Verkleidung fortgesetzt, jetzt zwischen dem revolutionären Sowjetstaat und dem britischen Imperium. Aber wegen der Kräfteverhältnisse befanden beide Seiten sich im Gleichgewicht. Nach dem Zusammenbruch des britischen Imperiums traten die Vereinigten Staaten an dessen Stelle. Die Einflussbereiche schnitten quer durch ein Afghanistan, das jedoch verzweifelt versuchte, seine Unabhängigkeit zu wahren. Aber im Norden war das sowjetische Einflussgebiet und im Süden hatten die Vereinigten Staaten einen vorherrschenden Einfluss. Als Moskau versuchte, seine Macht auf das ganze Land auszudehnen, wurde eine weitere Phase dieses Machtkampfes eingeleitet.

Die Vereinigten Staaten halfen den Taliban, stark zu werden. Auch jetzt war das „große Spiel“ kein ideologischer Krieg. Die USA und Pakistan vertrauten den Taliban, dass sie ihnen eine Ölleitung und Transportwege aus Innerasien durch Afghanistan zu den Häfen am warmen Meer (Indischer Ozean) geben würden. Aber die Taliban taten genau das, was alle vorherigen afghanischen Regierungen gemacht hatten, die mit Hilfe des Auslandes eingesetzt worden waren. Sowie sie ihre Macht konsolidiert hatten, brachen sie ihre Versprechen, den Ausländern Vortritt zu sichern. Die USA wurden um ihre Ölleitung betrogen. Aber diesmal ist Russland schwach; wie immer wenn das Russische Reich eine Schwächeperiode erlebt, kann es gefahrlos erniedrigt werden. Diesmal versuchen die Vereinigten Staaten, die riesigen Bodenschätze in den russischen Randgebieten zu übernehmen.

Für einen wirklichen Erfolg benötigen die Vereinigten Staaten eine militärische Intervention, die nicht nur zu einer wirtschaftlichen Überlegenheit führen, sondern auch das ganze sicherheitspolitische Bild ändern würde. Der Angriff auf das World Trade Center gab den Vereinigten Staaten die erhoffte Gelegenheit. Russland war hinter 1828 zurückgedrängt! Den Vereinigten Staaten gelang das, was den Briten (trotz der Versuche im chinesischen Kashgar und Tibet) niemals gelungen war, nämlich Truppen in Innerasien zu stationieren. Der wirtschaftlich und militärisch schwache Putin darf ei-



**Jan Myrdal**

ne gute Miene zum bösen Spiel machen und im Sicherheitsrat gehorsam abstimmen, wenn Washington höhnisch die russische Macht entkleidet. (Obwohl er damit getröstet wird, dass er mit den Tschetschenen machen darf, was er will.)

So einfach ist das. Die Geschichte ist nicht beendet. Nicht wie 1828 gilt die Frage nur dem Handel; jetzt gilt sie den Naturschätzen, dem Erdöl. Heute wie gestern entscheiden die Interessen. Oder wie mir der alte Mann im Lager der zeltenden Nomaden in der südwestlichen Wüste sagte, als wir 1965 über die laufende Bombardierung Vietnams durch die Vereinigten Staaten sprachen: „Überall spricht das Geld. Nur das Geld wird in allen Ländern gehört. Der Arme hat nur seine Familie, seine Freunde und sein Gewehr.“

Wie sieht die Zukunft aus? Viele werden sterben, mit Schmerzen. Unsere Politiker – Premierminister Persson, Außenministerin Lindh – werden über ihre menschlichen Gefühle sprechen; Persson wird vielleicht ein wenig weinen und von seinem Gott sprechen, aber gleichzeitig mit dem Stärkeren ziehen, heute wie gestern. Es kostet ja nur das Blut und das Leben anderer. Ja, ich verachte sie. Aber ich verachte sie auch wegen ihrer mangelnden Fähigkeit, klar die entscheidenden Interessen so auszusprechen, wie es seinerzeit die viktorianischen Politiker vor ihrem Parlament mit aller Deutlichkeit getan hatten.

Die Kasse dieses „großen Spiels“ ist gewaltig. Sie besteht aus Inner- und Westasien, aus Erdöl und Macht. Um diese Spielkasse einzuheimsen sind die Vereinigten Staaten bereit, die gesamte Region zu sprengen, sie in neue Kriege zu stürzen.

Hierzu sei nur ein Problem erwähnt: die Durand-Linie! Am 12. November 1893 wurde der Emir Abdurrahman Khan gegen seinen Willen gezwungen, eine Grenzziehung zum britischen Empire zu akzeptieren, die quer durch das Land der Paschtunen verlief. Das Land der Stämme östlich dieser Linie geriet auf der Karte unter die Briten. Eine wirkliche Oberhoheit vermochten die Briten aber niemals zu errichten. Bei der Abrüstungskonferenz nach dem Ersten Weltkrieg konnte Großbritannien ein Verbot von Luftbombardierungen nicht

unterzeichnen. Als Grund behaupteten die Vertreter des Imperiums, dass eine britische Kontrolle über die paschtunischen Stämme im „Nordwestlichen Grenzgebiet“ nur durch Luftbombardierungen aufrechterhalten werden könne.

### **Die Paschtunistan-Lösung**

Afghanistan wurde gezwungen, diese Grenzlinie auf der Karte zu akzeptieren, aber Kabul erkannte niemals die „Durand-Linie“ als internationale Grenze an. Am 3. Juli 1947 richtete auch die Regierung Afghanistans eine Note an die britische Regierung, in der erklärt wurde, das Grenzdokument sei ein durch Erpressung erzielter, ungleicher Vertrag. Da Britisch Indien jetzt aufhörte, hätte diese Grenzlinie jegliche Legitimität verloren. Verschiedene Regierungen in Kabul haben diesen Standpunkt in der Folgezeit beibehalten. Von Zeit zu Zeit flammten auch regelrechte Aufstände und Kriege auf in dem Gebiet, das in Kabul Paschtunistan genannt wird.

Jetzt wird berichtet, die Vereinigten Staaten und Russland verhandeln über eine Balkanisierung Afghanistans. Putin soll für sein Verhalten in der UNO belohnt werden. Die nördlichen Teile Afghanistans mit turkmenischer und usbekischer Bevölkerung sollen eine Autonomie unter gewissem russischen Einfluss erhalten. Dies jedoch ohne dass die Erdölleitungen der Vereinigten Staaten und andere Wirtschaftsinteressen gestört werden. Das südliche Rest-Afghanistan soll dann unter einer Art Mandat der Vereinigten Staaten oder der UNO stehen (was als Phrase heißt: unter „einer vom afghanischen Volk freiwillig und demokratisch gewählten Regierung“).

Dann wird Pakistan gesprengt. Nicht einmal ein unter dem Sternenbanner oder der UNO-Flagge eingesetztes Vasallenregime in Kabul könnte unter diesen Bedingungen etwas anderes wählen als die Paschtunistan-Lösung. Dann ist Pakistan am Ende, so wie Jugoslawien oder die Sowjetunion aufhörten, sicherlich nur noch blutiger. Jetzt hungern, kotzen, scheißen und fiebern sich die Säuglinge in Afghanistan zu Tode, während die Minister und Diplomaten mit ihren Augen himmeln und für ein hohes Gehalt sowie reichliche Tagesspesen von Demokratie, Frauenbefreiung und humanitären Einsätzen reden.

Kein Baum wächst in den Himmel und kein Imperium dauert ewig. Seit den Tagen Alexanders des Großen bis heute hat das Volk in Afghanistan allen Eroberern zum Trotz überleben können. Vielleicht auch diesmal.

*Jan Myrdal, Jg. 1927, ist einer der bekanntesten und streitbarsten Publizisten Schwedens. Über Afghanistan veröffentlichte er 1964 im Verlag Volk und Welt die Reportage „Kreuzweg der Kulturen“. Seinen Artikel übernahmen wir aus „Falu Kuriren“.*

*(Übersetzung: Reinhard Helmers)*



# Neue Bücher über Kurdistan

## Kurden in Europa

**Birgit Ammann: Kurden in Europa. Ethnizität und Diaspora, Reihe: Kurdologie, Bd. 4, Münster: LIT-Verlag, 2001, 428 Seiten, 29,80 DM, br., ISBN 3-8258-5526-0**

Birgit Ammann stellt in ihrer Dissertation Erscheinungsformen kurdischer Identität in der Migration vor. Nach einer ausführlichen Diskussion von Ethnizitäts- und Diasporatheorien werden Ausprägungen kurdischen Lebens in der BRD und in Europa beschrieben und analysiert. Die Studie, die auf einer Langzeituntersuchung beruht, die sich u.a. auf Interviews mit in verschiedenen Ländern lebenden Kurden und Kurdinnen aus unterschiedlichen Herkunftsländern stützt, richtet sich an Sozialwissenschaft und interessierte Öffentlichkeit gleichermaßen.

Im ersten Kapitel wird ein Überblick über die sozialwissenschaftliche Debatte zum Konzept Diaspora gegeben, wie sie seit Ende der 60er Jahre des 20. Jhdts. besonders im anglo-amerikanischen Raum geführt wird. Das zweite Kapitel befasst sich mit dem Verständnis der zu untersuchenden Gruppe und der Einordnung ihres Bezuges zur Ursprungsregion und -gesellschaft. Daran anschließend wird im dritten Kapitel der Kontext kurdischer Migration in europäische Länder behandelt und ein Überblick über die regionale und numerische Verteilung sowie die Lebensbedingungen kurdischer Migranten gegeben. Im vierten Kapitel wird eine Definition des Kurdischseins aus der Innenperspektive versucht. Die Entwicklung von Ethnizität auf kollektiver Ebene und dafür mitverantwortliche Faktoren wie Ausgrenzung und Fremdwahrnehmung werden im fünften Kapitel untersucht. Das sechste Kapitel betrachtet individuelle Ethnisierungsprozesse. Im Mittelpunkt steht dabei die Familie. Dynamischem Wandel in der intraethnischen Integration sowie transnationalen und transethnischen Beziehungen, die sich über die Herkunftsregion Kurdistan und die Residenzregion Europa erstrecken, gilt das siebte Kapitel. Das achte Kapitel befasst sich mit religiös begründeten Loyalitäten, vor allem bei Aleviten und Yeziden. Im neunten Kapitel wird die Bedeutung von Sprache als ethnisches Identitätskriterium untersucht. Im zehnten Kapitel wird auf politische Vorstellungen und den Grad der Politisierung ethnischen Ausdrucks, insbesondere ihre Bedeutung im Alltag, eingegangen.

Ideologische Inhalte der in der Diaspora bedeutenden politischen Organisationen werden umrissen und ihr tatsächlicher Stellenwert geprüft. Das elfte Kapitel betrachtet Zukunftsperspektiven der kurdischen Diaspora. Hier werden Verbleibabsichten, der Heimatbegriff und die Bereitschaft zur Annahme europäischer Staatsangehörigkeiten untersucht. In der Schlussbetrachtung wird insgesamt noch einmal der Rückbezug zu den Kernfragen der Arbeit hergestellt und die Ergebnisse werden zusammengefasst.

## Kurdische Studien

**Kurdische Studien, 1. Jahrgang, 2001, Heft 1, hrsg. von der Berliner Gesellschaft zur Förderung der Kurdologie, LIT-Verlag, 208 Seiten, 24,50 DM, br., ISBN 1617-5417/1**

Die jetzt in ihrer ersten Ausgabe vorliegende Fachzeitschrift „Kurdische Studien“ wird von der Berliner Gesellschaft zur Förderung der Kurdologie (BGFK) herausgegeben. Mit ihrem halbjährlichen Erscheinen soll eine Lücke in der deutschsprachigen wissenschaftlichen Medienlandschaft geschlossen werden, in der bereits vorhandene und laufende Forschungsarbeiten zur Kurdologie nicht den Raum einnehmen, der ihrem Umfang und ihrer gesellschaftlichen Bedeutung gerecht wird.

Die Zeitschrift verfolgt das Ziel, Forschungsarbeiten aus dem Bereich Kurdologie/kurdische Studien einer wissenschaftlich interessierten Öffentlichkeit zeitnah zu präsentieren. Insbesondere sollen Nachwuchswissenschaftler und Nachwuchswissenschaftlerinnen gefördert werden, die ihre Arbeiten über den engen Kreis von Experten und Expertinnen hinaus bekannt machen möchten.

Die „Kurdischen Studien“ beschränken sich dabei nicht auf eine bestimmte Disziplin, sondern haben den Anspruch, politologischen, soziologischen, erziehungswissenschaftlichen, historischen, religionswissenschaftlichen, ethnologischen sowie sprach- und literaturwissenschaftlichen Beiträgen ein Forum zu bieten. Ihr Schwerpunkt liegt im Bereich der Sozialwissenschaften.

Die Beiträge: Susanne Schmidt: Integration, Identität und die Selbstbilder von Jugendlichen kurdischer Herkunft; Siamend Hajo/Eva Savelsberg: Yezidische Kurden in Celle: Eine qualitative Untersuchung; Shahrzad Mojab: Rache und Gewalt. Kurdische Frauen erinnern den Krieg; Sabine Skubisch: Das Bildungswesen der Türkei aus kurdischer Sicht; Hans-Lukas Kieser: „Birader Yakup“, ein „Arzt ohne Grenzen“ in Urfa, und seine Wahlverwandtschaft mit den Kurden (1899-1922); Dokumentation: Note der Kurden Syriens an die Mandatsregierung, Juli 1932; Rezensionen; Zeitschriftenschau; Tagungsberichte; Termine.

In der zweiten Nummer der „Kurdischen Studien“ wird es neben Rezensionen, Tagungsbesprechungen und Terminen u.a. Aufsätze von Joost Jongerden zur Vertreibungs- und Wiederansiedlungspolitik in der Türkei, von Markus Ottersbach zu kurdischen Unternehmen in der BRD, von Klaus Jünschke zur Situation minderjähriger kurdischer Flüchtlinge und von Geoffrey Haig zum Pilotprojekt CCKNT (Corpus of Contemporary Kurdish Newspaper Texts) geben.

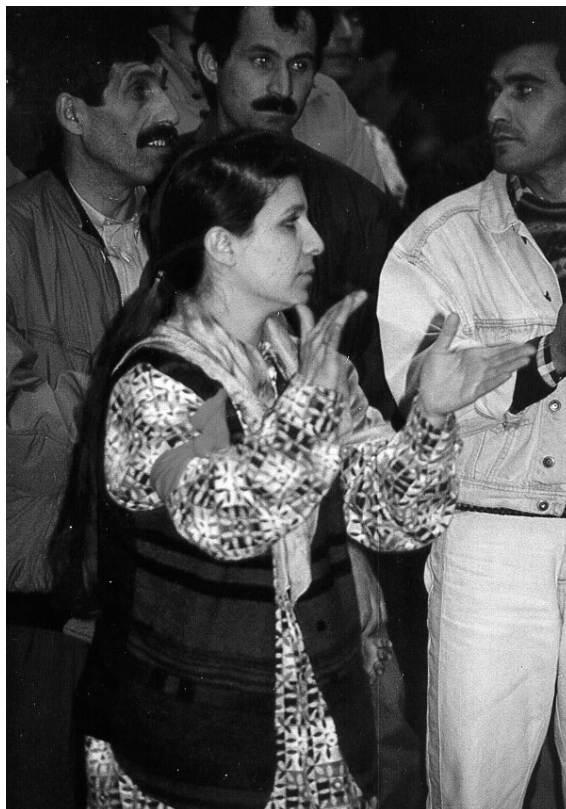
Um so ein anspruchsvolles Zeitschriftenprojekt durchzuführen, ist die BGFK auf Unterstützung angewiesen. Ohne ausreichende Abonnements (44 DM bzw. 22 Euro für zwei Hefte pro Jahr) ist eine regelmäßige, qualitativ hochwertige Publikation der Zeitschrift nicht möglich.

Bestellungen an: Berliner Gesellschaft zur Förderung der Kurdologie, Emser Str. 26, 12051 Berlin. (M.)  
Aus: Kurdistan-Rundbrief, Nr. 18, Jg. 14, 4.9.2001

## Genozid an den Kurden?

**Desmond Fernandes/Ronald Offeringer: Verfolgung, Krieg und Zerstörung der ethnischen Identität: Genozid an den Kurden in der Türkei? (medico-Report, 22), Frankfurt (Main), medico international, 2001, 82 Seiten, A5, 19 DM, ISBN 3-923363-28-1**

Die Menschen Kurdistans erinnern den Angriff mit chemischen Waffen



auf die Bevölkerung, sie erinnern die Vernichtung von 4.000 Dörfern und Städten, sie haben vor Augen die weitere Vertreibung und andere gefährliche Auswirkungen der aktuellen Staudammbauten im Rahmen des türkischen GAP-Projektes, durch die in Kurdistan fast ein Gebiet von der Größe der Schweiz überflutet wird. Was ihnen geschah, erfüllt zusammen genommen sicherlich den Tatbestand quasi genozidaler Handlungen und von schrecklichen Bedrohungen, die noch immer kein Ende gefunden haben.

Professor Desmond Fernandes (Großbritannien) hat eine umfangreiche Studie darüber verfasst, was er als vollzogenen Völkermord verstanden wissen will. Ronald Offeringer (Berlin) stellt sein Urteil in Frage und schlägt vor, die Aufarbeitung der ungeheuerlichen Verbrechen der Vergangenheit an den Menschen Kurdistans in eine Richtung zu übertragen, die es möglich macht, sie rechtsförmig zu Protest zu bringen, um Forderungen auf Reparationen und Entschädigungsleistungen einklagbar zu formulieren, auch damit sie praktischer Menschenrechtsarbeit dienen und – vor allem – die notwendigen Schritte für eine demokratische Transformation in der Türkei stimulieren.

Die Untersuchung von Fernandes und die produktive Kritik von Offeringer dienen zugleich als materiale Grundlage für das Medico-Projekt einer „Internationalen Wahrheitskonferenz für die Türkei“. (Klappentext)

Bestellungen an den Buchhandel oder bei medico international, Obermainanlage 7, D-60314 Frankfurt/M., Tel.: (069) 94438-0, Fax: (069) 436002, E-Mail: info@medico.de.

## Gutachten zur kurdischen Frage

**Norman Paech: Selbstbestimmungsrecht und Minderheitenschutz. Gutachten zu den rechtlichen Grundlagen zur Lösung der kurdischen Frage in der Türkei**, hrsg. vom Kurdistan Informations-Zentrum, Berlin 2001, 61 Seiten, 5 DM

Das im Juli 2000 fertig gestellte Gutachten des Hamburger Völkerrechtlers Prof. Dr. Norman Paech erörtert die rechtlichen Grundlagen des Zusammenlebens von TürkInnen und KurdInnen in der Türkei. Es geht von den politischen Forderungen des kurdischen Volkes nach Anerkennung seiner kurdischen Identität, nach Gleichberechtigung in der demokratischen Gesellschaft und Beteiligung an der politischen, ökonomischen und kulturellen Gestaltung des türkischen Staates aus. Die politischen Alternativen staatsrechtlicher Modelle werden nicht diskutiert; sie müssen politischen Verhandlungen vorbehalten bleiben. Die Untersuchung versucht nur zu klären, welcher rechtliche Rahmen der kurdi-

schen Seite zur Verfügung steht, in dem sie ihre Forderungen und Vorschläge entwickeln und der türkischen Seite präsentieren kann.

Nach der Beschreibung des Untersuchungsrahmens stellt Paech die zwei konkurrierenden Rechtskonzepte, das Konzept des Minderheitenschutzes und das Konzept des Selbstbestimmungsrechtes, inhaltlich und in ihrer historischen Entwicklung dar. Danach erläutert er, welcher rechtliche Rahmen sich daraus für die KurdInnen bei einer politischen Lösung ihres Zusammenlebens mit anderen Völkern in den Ländern ergibt, in denen sie eine Minderheit bilden, vor allem aber in der Türkei. Ein Anhang befasst sich mit drei Beispielen (Spanien, Italien, Belgien) für Autonomie und Föderalismus. (M.)

Bestellungen: Kurdistan-Informations-Zentrum, Kaiser-Friedrich-Str. 63, 10627 Berlin, Tel.: (030) 32 76 40 23, Fax: (030) 32 76 40 25

Aus: *Kurdistan-Rundbrief*, Nr. 24, Jg. 14, 27.11.2001

## Politisches Theater aus dem südlichen Kamerun

# The Mountain Mourners

Während antifaschistischer Kulturtage in Karlsruhe führte die Theatergruppe The Mountain Mourners aus dem südlichen Kamerun ihr Stück „The Second Death and Burial of Queen Victoria“ auf.

Mit dem Theaterstück machen die Zuschauer eine Zeitreise durch die Geschichte des südlichen Kameruns, in der der portugiesische, deutsche, britische und französische Kolonialismus Spuren hinterließen. Seine Unabhängigkeit erhielt das südliche Kamerun 1961 unter dem Schutz der Vereinten Nationen in Form einer Föderation mit der Republi-

que du Cameroun. Der Versuch der totalen Assimilierung und die Ausbeutung der Ressourcen des Landes durch die République du Cameroun unter dem Schutz Frankreichs bestimmten seither die Geschichte. 1984 besetzte dann die Armee das südliche Kamerun, obwohl die UN-Resolution von 1961 eine Annexion untersagt. „Die Südkamerunische Restaurations-Bewegung“ (SCARM) kämpft seither für den Rückzug der Besatzungsarmee und erklärte 1999 auf Grundlage der UN-Resolution seine Unabhängigkeit. Massaker und Vertreibungen sind die Antwort der Regierung und ihrer Armee waren seither die Antwort auf die Gründung der „Federal Republic of the Southern Cameroons“.

Gleichzeitig erleben die Zuschauer in einer oft auch witzigen und pfliffigen Darstellung die ethnischen Widersprüche, die Kolonialismus und Neokolonialismus hervorgebracht haben und das Aufleben des Protestes in einer Form der Mischung traditioneller afrikanischer Kultur.

„Das Stück heißt ‚Der Zweite Tod und das Begräbnis der Königin Victoria‘ ... Im Stück werden historische Fakten dargeboten und harmonisch mit Dialogen, Liedern und Tänzen verbunden, um die gewünschte Botschaft zu vermitteln. Die Aufführung bietet einen reichhaltigen soziokulturellen Hintergrund der ‚Federal Republic of the Southern Cameroons‘ und farbenfrohe lokale Eindrücke. Vielfältige Themen kommen in dem Stück zur Sprache: Patriotismus und Staatsterrorismus (seitens der ‚Republique du Cameroun‘). Die Aufführung ist in englischer Sprache und dauert etwa hundert Minuten. Vor jeder Szene stimmt eine kurze Choreographie das Publikum auf die Ereignisse ein, die im Laufe des Stückes entwickelt werden.“ (aus der Beschreibung des Stückes)

An die 20 Akteure umfasst die Theatergruppe The Mountain Mourners. Frauen und Männer stammen aus der politischen und Menschenrechtsbewegung des Südlichen Kameruns mit den unterschiedlichsten Lebensläufen. Der lebensbedrohlichen Verfolgung in Kamerun entgingen sie durch Flucht. In Deutschland sind sie alle von Abschiebung bedroht. Seit etwa einem Jahr führen sie das Theaterstück in Deutschland auf. Ihr Ziel ist es, nicht nur dem Publikum das Schicksal der Menschen Südkameruns näher zu bringen, sondern auch aufmerksam zu machen für die Forderungen nach Abzug der Besatzungsarmee und internationale Anerkennung der Federal Republic of the Southern Cameroons.

Mit diesem Theaterstück ist den Mountain Mourners das gelungen. Erreichen (und auch Aufführungen ausmachen) kann man sie unter der e-mail Adresse:

fdrscambassadors@yahoo.com Weitere Informationen über Südkamerun finden sich im Internet unter [www.southerncameroons.org](http://www.southerncameroons.org) rub





# Linke Winterschule

Seit 1992 führt die Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ in und bei der PDS zweimal jährlich die Linke Schule durch, auch in diesem Winter wieder mit drei Kursangeboten.

## AG Philosophie: Befassung mit Fragen der „Bioethik“

Die Entwicklung der Biowissenschaften und -technologien wirft eine Reihe neuer Probleme auf, insbesondere die genetische Diagnostik und die Gentherapie am Menschen. Sie schaffen, so jedenfalls übereinstimmend ihre eifrigsten Befürworter und Gegner, die reale Möglichkeit, dass die Menschheit zum ersten Mal in ihrer Geschichte ihre eigenen genetischen Konstruktionspläne umgestaltet und daran gehen könnte, den weiteren Kurs der biologischen Evolution auf der Erde, einschließlich ihrer eigenen, neu zu programmieren. Verbrauchende Embryonenforschung, Präimplantationsdiagnostik, „therapeutisches Klonen“, Keimbahntherapie, das alles verspricht große Fortschritte bei der Heilung von Krankheiten, der Ausmerzung genetischer Defekte, dem Ersatz erkrankter Organe und der Verlängerung des Lebens – und stellt dabei die Unverfügbarkeit des Anderen in Frage. Streicht man an den umlaufenden Spekulationen die offensichtlichen Phantastereien weg, zeichnen sich doch große Umwälzungen ab, die das tradierte Natur- und nicht zuletzt das Menschenbild und damit das Selbstverständnis der menschlichen Gattung erschüttern. Soll die Gesellschaft dem Forschungsdrang der Wissenschaftler freien Lauf lassen? Sind wir den Entwicklungen der Wissenschaft unterworfen? Oder umgekehrt, nehmen wir Einfluss auf diese Entwicklungen? Und wie? Die neuen Technologien drängen der Gesellschaft die Frage, wie sie leben will, in neuer Schärfe auf. Ihre Beantwortung sollte weder Biowissenschaftlern noch Science-Fiction-Begeisterten noch neuen oder alten Industrien und auch nicht den Politikern oder Kirchen überlassen bleiben.

Deshalb befassen wir uns damit. Auf der Grundlage von Texten, die wir wie immer gemeinsam lesen, setzen wir uns mit den verschiedensten im öffentlichen Diskurs gefallenen Argumenten auseinander. Die Texte liegen bei Kursbeginn für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor.

Christiane Schneider

## AG Geschichte: „Einheitsfrontpolitik und Antifaschistische Aktion“

*Der gemeinsame Kampf aller antifaschistischen Kräfte wurde und wird auch heute noch auf vielfache Weise erschwert.*

**WANN?** Donnerstag, 3. Januar, Beginn der Kurse 14.00 Uhr, bis maximal Sonntag, 6. Januar, mittags • **Wo?** Jugendwohnheim Juventas, Güntherstr. 26-27, 99705 Sondershausen, Tel. (0 36 32) 78 22 59

**ÜBERNACHTUNG/TAG:** Doppelzimmer Gästebereich DM 30; Doppelzimmer Azubi-Bereich DM 25; Vollverpflegung inkl. Kaffee: DM 34,50/Tag. Hinweis: Die jetzt noch in DM angegebenen Preise werden bei der Umrechnung in Euro ggbf. leicht nach oben aufgerundet. • **ANMELDUNG:** (möglichst bald und verbindlich) bei: Christiane Schneider, c/o GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. (0 40) 43 18 88 20; Fax (0 40) 43 18 88 21; E-Mail: gnn-hhsh@hansenet.de

*Mögen dies parteipolitische Differenzen, gegenseitige Verdächtigungen oder politische Fehler auf der einen Seite und sich daraus ergebende Reaktionen, die wieder zu Fehlleistungen der anderen Seite führen, sein. Damit wird der gemeinsame Kampf nicht nur erschwert, sondern unmöglich gemacht.*

Am Beispiel der im Frühjahr 1932 von der KPD initiierten Antifaschistischen Aktion, die in wenigen Wochen Hunderttausende Kommunisten und Sozialdemokraten, vor allem aber auch viele parteilose Arbeiter gegen den bereits bedrohlich gewordenen Hitlerfaschismus mobilisieren konnte, soll versucht werden nachzuvollziehen, warum diese letztlich scheiterte, ohne dabei alte Gräben von gegenseitiger Schuldzuweisung neu aufzuzeißen.

Es gilt zu hinterfragen, wo tiefere Ursachen lagen, was aktuelle Ereignisse waren, die eine gemeinsame antifaschistische proletarische Front Ende 1932/Anfang 1933 verhinderten. Wie sind diese nach fast 70 Jahren zu bewerten, und welche Schlussfolgerungen sollen / müssen insbesondere Linke aus dieser Geschichte ziehen, um im Kampf gegen den neuen Rechtsextremismus und Neonazismus ihren notwendigen Beitrag leisten zu können?

Diesen und darüber hinausgehende Fragen widmet sich der Kurs der AG- Geschichte der Winterschule 2002 anhand von Texten und Originaldokumenten. Es ist geplant, dass die Diskussion durch zwei Gastvorträge bereichert werden soll. Endgültige Zusagen der Referenten stehen noch aus.

Durch die Vorbereitungsgruppe wird folgendes Programm vorgeschlagen, welches für kritische Hinweise und auch für Veränderungen offen ist.

**03.01.2002 nachmittags:** Der „rot- braune Volksentscheid“ 1931 gegen die sozialdemokratische Regierung in Preußen.

**04.01.2002 vormittags:** Die Antifaschistische Aktion im Sommer 1932. Ernst Thälmann antwortet auf 21 Fragen von SPD- Arbeitern, die am Kongress der Antifaschistische Aktion teilnehmen.

**04.01.2002 nachmittags:** Fortsetzung der Diskussion und Gastvortrag: Hatte die SPD eine realistische Alternative zur Politik des kleineren Übels? **05.01.2002 vormittags:** Der Putsch der Papen-Regierung gegen die sozialdemokratische Regierung in Preußen im Juli 1932.

**05.01.2002 nachmittags:** Fortsetzung der Diskussion und Gastvortrag „Gab es im Winter 1932/33 noch eine realistische

Chance, die Hitlerdiktatur zu verhindern – Zum Zustand der NSDAP zwischen den Novemberwahlen 1933 bis zum 30. Januar 1933) **06.01.2001:** offen

## AG Wirtschaft: Versicherungswirtschaft

Die Versicherungswirtschaft ist, wie es auf der Web-Seite des Finanzministeriums lakonisch heißt, das nach den Banken zweitgrößte Kapitalsammelbecken der Volkswirtschaft. Zu der aktuellen Diskussion um die Ausgestaltung z.B. der Renten- und Krankenversicherung tritt also noch die quantitative Bedeutung dieses Wirtschaftssektors. Trotz der großen praktischen Rolle der Versicherungswirtschaft ist es nicht leicht, Ausführungen den Wirtschaftsprozess zu finden, der sich hinter dem Fachbegriff: „Auf Gegenseitigkeit“ verbirgt. Denn jedenfalls sind die Mitglieder einer Versicherung ganz anders miteinander verbunden als etwa der Kundenkreis eines Apothekers. Aber wie?

Folgende Zugänge zum Problem werden bearbeitet:

**Der geschichtliche Zugang:** Beistandspakte dieser Art sind in der Dorfgemeinschaft, bei den Zünften, in den Gesellenvereinen und den Gewerkschaften anzutreffen. Offensichtlich besteht ein Zusammenhang mit der Herauslösung des Individuums aus dem Sippenverband und der Absicherung individueller Risiken.

**Der rechtliche Zugang:** Die Verhältnisse zwischen den Versicherten, dem versicherten Risiko, der Verpflichtung des Versicherers usw. müssen rechtlich genau geregelt sein, schon weil der finanztechnische Hintergrund der Absicherung des Risikos den meisten Kunden dunkel bleiben muss und Betrug ohne gesetzliche Vorschriften Tür und Tor geöffnet wäre.

**Der volkswirtschaftliche Zugang:** Die Absicherung der Risiken durch langfristige Investitionen bzw. durch Rückversicherung.

Es wird angestrebt, durch die Erörterung dieser Zusammenhänge eine Basis zu schaffen für die konkrete Diskussion der Vorgänge in der Krankenversicherung, diese sind ja nicht nur aktuell und brennend, sondern es liegt auch ein umfangreicher Bericht vor. – Die Vorbereitungsgruppe meint, in der nächsten Ausgabe der PB genauere Angaben zu Material und Literatur machen zu können.

Martin Fochler

**10.-14. Dezember:** EU-weiter Schüler- und Studentenstreik gegen Studiengebühren, Sparmaßnahmen, Uni-Privatisierung (s. PB 24, S. 10)

**14./15. Dezember, Berlin:** *Eigentum – Aneignung – Enteignung im gegenwärtigen Kapitalismus.* Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Geplant ist, sich dem Thema Eigentum im politischen Diskurs und in aktuellen ökonomischen und traditionellen Sozialismusdebatten zu nähern und anschließend aktuelle Prozesse (wie digitales Eigentum, Privatisierung in verschiedenen Sektoren und auf verschiedenen Ebenen der öffentlichen Hand, v.a. auf kommunaler) vorzustellen. Weitere Information:

<http://www.rosaluxemburgstiftung.de/Einzel/welt/index.htm>

**13.12.2001, Brüssel/Laeken:** *Für ein soziales und solidarisches Europa.* Kundgebung und Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbundes anlässlich des Treffens der EU-Staats- und Regierungschefs. Für KollegInnen in der DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main fahren Busse am Donnerstag, 13.12., 6.00 vor dem DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69, Frankfurt a.M. ab (Rückkehr gegen 22.00 Uhr). Anmeldung: DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main, W.-Leuschner-Str. 69-77, 60329 Frankfurt a.M., Tel. 069/27300577/74, Fax: 27300579, E-Mail: Frankfurt-Main@dgb.de

**3.-6. Januar, Sondershausen:** *Linke Winterschule.* Näheres siehe unter: Diskussion und Dokumentation

**26. Januar, Fulda:** *Tagung des Arbeitsausschusses des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.* Tagesordnung: Linke Kritik und alternative Politik; Wirtschaftsstrategie in der Programmatik der Parteien; Ansätze in der politischen Bildungsarbeit. Beginn: 11.30 Uhr, Jugendbildungsstätte, Magdeburger Str. 69

**1./2. Februar, München:** *Das Bündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz ruft zu Protestaktionen gegen das Treffen der Welt-Kriegselite in München auf:* Kundgebung am 1.2., 17.00 Uhr Marienplatz anlässlich des Empfangs der Tagungsteilnehmer durch die Landeshauptstadt München im Alten Rathaus. 2.2., 12.00 Uhr: Demonstration zum Tagungsort, ab Marienplatz. Abends: Gegenkonferenz oder Großveranstaltung gegen die NATO-Kriegspolitik. Näheres später. Kontakt: Bündnis gegen NATO-Sicherheitskonferenz, Tel. (089) 16 95 19, Fax (089) 1 68 94 15, E-Mail: [smash\\_racism@hotmail.com](mailto:smash_racism@hotmail.com)

**3. März 2002, Bayern:** *Kommunalwahlen*

**23./24. März, Fulda:** *Tagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften*

**16./17. März, Rostock:** *Wahlparteitag der PDS*

**21. April, Sachsen-Anhalt:** *Landtagswahl*

**1. Juni, Berlin:** *Außerordentlicher Bundesparteitag der SPD mit Verabschiedung Wahlprogramm.*

## **INTERNATIONALER AKTIONSTAG** **gegen die Todesstrafe in den USA – für die Freiheit** **und das Leben von Mumia Abu-Jamal**

„Der afro-amerikanische Journalist und ehemalige Aktivist der Black-Panther-Bewegung Mumia Abu-Jamal wurde 1982 des Mordes an einem Polizisten schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt. Zweifel an der Rechtmäßigkeit des zustande gekommenen Urteils wurden von Anfang an laut, da das Verfahren von gravierenden Versäumnissen geprägt war, er keine angemessene Verteidigung hatte und seine Schuld nicht zweifelsfrei bewiesen wurde.“

Ein Berufskiller hat inzwischen jenen Polizistenmord gestanden, für den der schwarze Bürgerrechtler zum Tode verurteilt wurde.

Am 17.8. hat sich ein Gericht in Philadelphia mit entlastenden Beweismitteln beschäftigt. Nicht nur dort, auch in Berlin und anderen Städten fanden Solidaritätsaktionen statt. Die PDS-Bundestagsfraktion gab eine Erklärung ab.

Es kommt darauf an, dass weltweit immer mehr Menschen die Forderung erheben, dass endlich die entlastenden Beweise Einzug in die Gerichtsakten finden und die USA umgehend die Todesstrafe abschaffen. Derzeit befinden sich fast 3800 Menschen in den Todestrakten amerikanischer Gefängnisse. Die Bundesregierung ist, gemäß des einstimmigen Bundestagsbeschlusses vom 7.12. 2000, aufgefordert gegenüber den USA endlich energischen Druck zu entwickeln. Die Zeit drängt!“

*PE der PDS, Carsten Hübner*

